

## 2.1 Analyse der Situation

Der Wiener Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren einem strukturellen Wandel ausgesetzt. Arbeitsplätze am primären und sekundären Arbeitsmarkt wurden abgebaut, Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor aufgebaut. Dieser Wandel brachte für einige Menschen Vorteile, für andere Nachteile. Personen mit geringer Ausbildung oder einem zu geringen Ausmaß an zeitlicher Flexibilität können mit den wachsenden Anforderungen nicht mithalten. Personen in Teilzeitbeschäftigung – unter ihnen vielfach Frauen – fanden hingegen bessere Arbeitsmarktchancen vor. Insgesamt zeigt sich, dass immer mehr Arbeitskräfte auf den Wiener Arbeitsmarkt strömen. Gründe dafür sind unter anderem die höhere Frauenerwerbsquote und der längere Verbleib älterer Personen am Arbeitsmarkt. Das Arbeitsvolumen ist jedoch kaum gestiegen. Die Arbeitsplätze verschieben sich von Vollzeit- zu Teilzeitjobs, insbesondere die neuen Beschäftigungsformen erfahren einen hohen Zuwachs. Die Anzahl der Menschen, die trotz Erwerbseinkommen armutsgefährdet sind (*Working Poor*), steigt. Dies zeigt sich auch in der Einkommensentwicklung (*siehe Kapitel 3*).

### 2.1.1 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung

Das Krisenjahr 2009 hat auf dem Arbeitsmarkt seine Spuren hinterlassen. Auch wenn die *Stadt Wien* aufgrund ihres hohen Dienstleistungsanteils und der Konjunkturpakete durch die Krise weit weniger betroffen war als andere Bundesländer, waren 2010 und 2011 mehr als 100.000 WienerInnen arbeitslos. Besonders betroffen sind Jugendliche unter 25 Jahren und MigrantInnen. Für alle Betroffenen ist die Arbeitslosigkeit mit einem finanziellen Einbruch verbunden. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe reichen oft nicht aus, um das Auslangen zu finden, insbesondere in Anbetracht der steigenden Preise. Arbeitslose Personen sind immer stärker armutsgefährdet und finden sich immer häufiger im Leistungsbezug der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wieder.

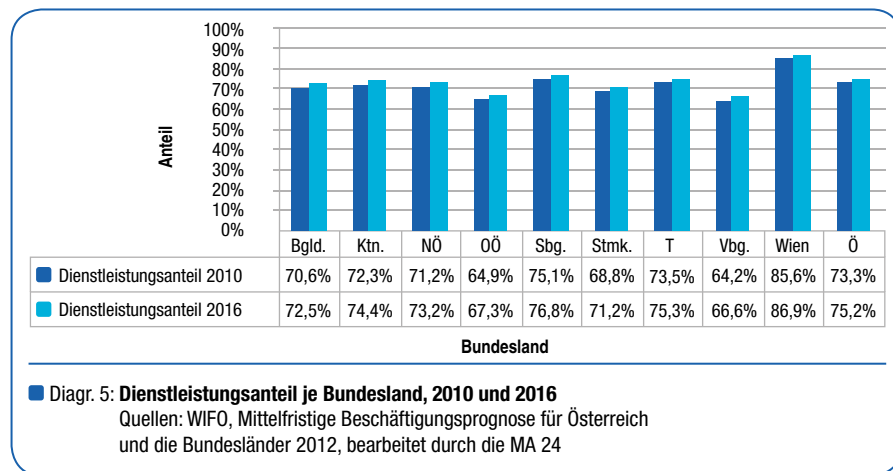


© Foto: contrastwerkstatt - Fotolia.com

Ein Erwerbseinkommen ist der beste Schutz vor Armut. Voraussetzung für ein ausreichendes Einkommen ist eine gute Ausbildung. Auch wenn sich der Bildungsstand der WienerInnen in den letzten Jahren deutlich verbesserte, wird die Schere zwischen gut und weniger gut ausgebildeten Personen immer größer. Zunehmend sind gravierende Schwächen in der Ausbildung festzustellen, die einem erfolgreichen Start ins Arbeitsleben entgegenstehen, etwa mangelnde Kompetenz beim Lesen oder beim Lösen einfacher Rechenaufgaben. Dies betrifft in einem hohen Maße Kinder aus Migrationsfamilien, die sprachliche Defizite aufweisen und aufgrund der sozialökonomischen Situation benachteiligt sind. Hier ist es notwendig, zielgerichtete Maßnahmen zu setzen. Die *Stadt Wien* bietet ihren BürgerInnen ein umfassendes Bildungsangebot – vom Gratis-Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung. Der Großteil der Bildungspolitik ist jedoch dem Bund vorbehalten und hier bedarf es umfassender Reformen.

## Arbeitsmarkt

Wien weist im Österreichvergleich den höchsten Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsbereich auf. 2010 waren 85,6% aller Beschäftigten in diesem Bereich tätig, bundesweit waren es 73,3%. In den nächsten Jahren wird in Wien ein weiterer Anstieg auf 86,9% erwartet (bundesweit: 75,2%).<sup>5</sup>



Diese Sonderstellung hat dazu geführt, dass Wien von der Wirtschaftskrise, die vor allem Auswirkungen auf den exportorientierten Sachgüterbereich hatte, nicht im gleichen Ausmaß betroffen war wie andere Bundesländer. Allerdings bewirkt der hohe Anteil an Dienstleistungsberufen, dass immer mehr Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen wegfallen und dass von den Beschäftigten eine hohe Mobilität erwartet wird (siehe Tab. 5).

### Unterschiedliche Entwicklung in den Branchen

Wien war in den letzten Jahrzehnten in besonderem Ausmaß einem strukturellen Wandel ausgesetzt. Arbeitsplätze in der Sachgütererzeugung gingen verloren, die Beschäftigung im Dienstleistungssektor wuchs. Zwischen 2004 und 2010 wurden pro Jahr in der Land- und Forstwirtschaft 8,5%, im Maschinenbau 9,2% und in der Textil- und Bekleidungsindustrie 10% der Beschäftigten abgebaut. Die Energieversorgung konnte hingegen im Vergleichszeitraum pro Jahr ein Wachstum von 11,7% verzeichnen, die Überlassung von Arbeitskräften ein Plus von 11,6% und die Informationstechnologien sowie -dienstleistungen ebenfalls ein Plus von 6,6%. Diese Tendenzen werden sich – wenn auch nicht in diesem Ausmaß – in den nächsten Jahren fortsetzen.<sup>6</sup>

Vom Beschäftigungszuwachs in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen<sup>7</sup> profitieren Männer und Frauen gleichermaßen. Im Einzelhandel und im Bereich der Beherbergung und Gastronomie werden für Frauen sogar höhere Zuwachsraten erwartet. In diesen beiden Bereichen ist die Teilzeitquote jedoch sehr hoch, insbesondere bei den weiblichen Angestellten, sodass das Arbeitsvolumen für Vollzeitäquivalente wieder relativiert wird.

Arbeitsplätze in der Sachgütererzeugung werden abgebaut, Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor nehmen zu.

<sup>5</sup> Vgl. WIFO, Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer, 2012.

<sup>6</sup> Vgl. WIFO, Mittelfristige Beschäftigungsprognose – Teilbericht Wien, 2012.

<sup>7</sup> Verkehr, Lagerei, Informationstechnologie und -dienstleistungen, Gebäudebetreuung, Überlassung von Arbeitskräften, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie Werbung, Forschung und sonstige Dienstleistungen für Unternehmen oder Privatpersonen.

### Höher qualifizierte Tätigkeiten nehmen zu

Die Beschäftigung in Wien stützt sich stärker auf höher qualifizierte Tätigkeiten als in Österreich. 15,1% der Wiener Beschäftigten üben einen Beruf auf Hochschulniveau aus, 23% einen Beruf auf Maturaniveau. Bundesweit sind es 10,1% auf Hochschulniveau und 20,9% auf Maturaniveau.

Bis 2016 wird die Beschäftigung in akademischen Berufen in Wien um 2,6% pro Jahr wachsen, für Berufe mit Maturaniveau um 0,9%. Einzig die Arbeitsplätze ohne Ausbildungsanforderung werden bis 2016 zurückgehen. Eine gute Ausbildung ist daher die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt.

Ausbildungsanforderung	Wien	Österreich
Akademische Berufe (Skill-Level 4)	2,6%	2,5%
Berufe mit Maturaniveau (Skill-Level 3)	0,9%	1,2%
Berufe mit Lehr- und Fachschulabschluss (Skill-Level 2)	0,2%	0,5%
Berufe mit maximal Pflichtschulabschluss (Skill-Level 1)	-0,1%	0,1%
<b>Gesamt</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,9%</b>

■ Tab. 5: **Veränderung des Beschäftigungsniveaus für unselbstständig Beschäftigte nach Ausbildungsanforderung pro Jahr, 2010–2016 (Wien – Österreich)**  
 Quellen: WIFO, Mittelfristige Beschäftigungsprognose–Teilbericht Wien, bearbeitet durch die MA 24

Arbeitsplätze für geringqualifizierte Personen gehen immer mehr verloren.

Der stärkste Zuwachs der höher qualifizierten Berufe findet sich in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen auf Hochschulniveau (+3,9% pro Jahr bis 2016) sowie bei Gesundheitsfachkräften (+3,7% pro Jahr bis 2016).<sup>8</sup>

### Frühpensionen und Arbeitsunfähigkeit

In Österreich gehen deutlich mehr Menschen in Frühpension als im EU-weiten Durchschnitt. Beinahe jede dritte Person über 50 Jahre ist durch Pensionierung inaktiv.<sup>9</sup> Gegensätzlich verhält sich die Situation im Bereich der Arbeitsunfähigkeit. In Österreich nimmt jede 20. Person über 50 Jahre wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit nicht am Arbeitsmarkt teil. Dieser Wert liegt deutlich unter dem EU-weiten Schnitt.<sup>10</sup>

### Beschäftigung

Der Anteil der Erwerbspersonen<sup>11</sup> an der Wiener Gesamtbevölkerung liegt bei 73% und hat sich seit 1999 nicht verändert. Geschlechtsspezifisch hat es jedoch unterschiedliche Entwicklungen gegeben. 1999 galten noch 81% aller 15- bis 64-jährigen Männer als Erwerbspersonen, 2011 waren es nur noch 78%. Bei den Frauen ist der Anteil der Erwerbspersonen von 65% im Jahr 1999 auf 68% im Jahr 2011 gestiegen.

<sup>8</sup> Vgl. WIFO, Mittelfristige Beschäftigungsprognose – Teilbericht Wien, 2012.

<sup>9</sup> Vgl. Budimir 2012.

<sup>10</sup> Siehe FN 9.

<sup>11</sup> Erwerbspersonen setzen sich aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen zusammen.

15- bis 64-jährige Personen (Anzahl)	1999			2011		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Erwerbspersonen	414.900	348.100	763.000	448.500	408.200	856.700
<i>davon Erwerbstätige</i>	<i>387.000</i>	<i>332.200</i>	<i>719.200</i>	<i>414.700</i>	<i>380.300</i>	<i>795.000</i>
<i>davon Arbeitslose</i>	<i>27.900</i>	<i>15.900</i>	<i>43.800</i>	<i>33.800</i>	<i>27.900</i>	<i>61.700</i>
Nicht-Erwerbspersonen	97.600	190.300	287.900	125.300	190.300	315.600
<b>Bevölkerung gesamt</b>	<b>512.500</b>	<b>538.400</b>	<b>1.050.900</b>	<b>573.800</b>	<b>598.500</b>	<b>1.172.300</b>
15- bis 64-jährige Personen (Anteile)	1999			2011		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Erwerbspersonen	81%	65%	73%	78%	68%	73%
<i>davon Erwerbstätige</i>	<i>93%</i>	<i>95%</i>	<i>94%</i>	<i>92%</i>	<i>93%</i>	<i>93%</i>
<i>davon Arbeitslose</i>	<i>7%</i>	<i>5%</i>	<i>6%</i>	<i>8%</i>	<i>7%</i>	<i>7%</i>
Nicht-Erwerbspersonen	19%	35%	27%	22%	32%	27%
<b>Bevölkerung gesamt</b>	<b>49%</b>	<b>51%</b>	<b>100%</b>	<b>49%</b>	<b>51%</b>	<b>100%</b>

■ Tab. 6: **Erwerbsstruktur der 15- bis 64-Jährigen (Personenzahl und Anteile), 1999 und 2011 (Wien)**  
 Quellen: Statistik Austria, Arbeitsmarktstatistik – Jahresergebnisse 2004 und 2011, berechnet durch die MA 24

Die Gründe für die Nichtteilnahme am Erwerbsleben sind vielfältig und reichen von Ruhestand, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit über Ausbildung und Präsenz- bzw. Zivildienst bis hin zu Elternkarenz und Haushaltsführung. Ausschlaggebend für die geschlechtsspezifischen Entwicklungen sind vor allem zwei Gründe: Frauen nehmen immer länger am Erwerbsleben teil und die Anzahl der Frauen in Wien, die vorzeitig in Pension gehen, sinkt deutlich schneller als jene der Männer. Außerdem sind Frauen seltener dauerhaft arbeitsunfähig, sodass die Anzahl der Wienerinnen mit dauerhafter Arbeitsunfähigkeit wesentlich geringer ansteigt als jene der Wiener.<sup>12</sup>

### Mehr Erwerbstätige, aber kein steigendes Arbeitsvolumen

Der Zuwachs an Erwerbstätigen (von 708.100 auf 795.000 Personen zwischen 2004 und 2011<sup>13</sup>) ist aber nicht mit einem Zuwachs an Beschäftigung gleichzusetzen. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist um 12,2% gestiegen, das Arbeitsvolumen jedoch nur um 3% (von 1,29 Mio. Arbeitsstunden auf 1,33 Mio. Arbeitsstunden pro Jahr<sup>14</sup>). Die tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden pro Person sind sogar um 10% gesunken (von 35,7 auf 32,3 Wochenstunden pro Person<sup>15</sup>). Daraus lässt sich ableiten, dass die verfügbare Arbeit auf mehr Personen aufgeteilt wird und mehr Personen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Das Arbeitsvolumen bleibt gleich, die Anzahl der Erwerbstätigen steigt. Die neuen Arbeitsverhältnisse sind vor allem Teilzeitjobs, geringfügige Beschäftigungen und freie Dienstverhältnisse.

<sup>12</sup> Vgl. Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, ISIS-Datenbank, G3N, 2010.

<sup>13</sup> Vgl. Statistik Austria, Arbeitsmarktstatistik Jahresergebnisse 2004 und 2011.

<sup>14</sup> Siehe FN 13.

<sup>15</sup> Siehe FN 13.

## Neue Beschäftigungsformen<sup>16</sup>

### Geringfügig Beschäftigte

Unter geringfügiger Beschäftigung wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, in dem die sozialversicherungsrechtlichen Geringfügigkeitsgrenzen<sup>17</sup> nicht überschritten werden. Im arbeitsrechtlichen Bereich gibt es zwischen normalen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nahezu keine Unterschiede. Arbeitsrechtlich handelt es sich bei der geringfügigen Beschäftigung um eine Form von Teilzeitarbeit.

### Freie Dienstverträge

Eine gesetzliche Definition des freien Dienstvertrages besteht nicht. Nach der Rechtsprechung liegt ein freier Dienstvertrag vor, wenn sich jemand gegen Entgelt verpflichtet, einer Auftraggeberin oder einem Auftraggeber für bestimmte oder unbestimmte Zeit ihre oder seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, ohne sich in persönliche Abhängigkeit zu begeben.

Freie DienstnehmerInnen arbeiten zwar überwiegend mit den Betriebsmitteln der Auftraggeberin oder des Auftraggebers. Die

persönliche Unabhängigkeit zeigt sich aber in der fehlenden Weisungsgebundenheit hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Verhalten bei der Arbeit, in fehlenden Kontrollbefugnissen der Auftraggeberin oder des Auftraggebers und in einer fehlenden Einbindung bzw. Eingliederung in den Betrieb.

Das Recht auf Vertretung durch eine beliebige, fachlich geeignete Person ist ein wichtiges Indiz für die persönliche Unabhängigkeit von freien DienstnehmerInnen.

Auch der erhebliche Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (+19%) zwischen 2008 und 2011 weist darauf hin, dass das Arbeitsvolumen auf immer mehr Personen aufgeteilt ist. Insgesamt lässt sich ein Anstieg bei den neuen Beschäftigungsformen feststellen (+7%), wobei die freien und geringfügig freien Dienstverhältnisse gesunken sind.

neue Beschäftigungsformen	2008			2011			Veränderung 2008–2011 (Prozent)		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
geringfügig Beschäftigte	23.636	34.382	<b>58.018</b>	29.492	39.352	<b>68.844</b>	25%	14%	<b>19%</b>
freie und geringfügig freie Dienstverträge	11.322	14.307	<b>25.629</b>	9.259	11.799	<b>21.058</b>	-18%	-18%	<b>-18%</b>
<b>neue Beschäftigungsformen gesamt</b>	<b>34.958</b>	<b>48.689</b>	<b>83.647</b>	<b>38.751</b>	<b>51.151</b>	<b>89.902</b>	<b>11%</b>	<b>5%</b>	<b>7%</b>

■ Tab. 7: Neue Beschäftigungsverhältnisse, 2008 und 2011 (Wien)

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, berechnet durch den waff, bearbeitet durch die MA 24

Zwischen Männern und Frauen bestehen bei der geringfügigen Beschäftigung deutliche Unterschiede. Frauen sind wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt, dafür in einem höheren Stundenausmaß. Männer üben häufiger eine geringfügige Beschäftigung neben einer Standardbeschäftigung oder einer Pension aus.<sup>18</sup> 100.343 Männer sind 2011 einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen, was einer Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2000 entspricht. Demgegenüber steht eine Erhöhung von nur 40% bei den Frauen, von 131.094 auf 183.135 Personen. Die Anzahl der Männer, die zwei oder mehr geringfügige Beschäftigungen ausüben, hat sich im Vergleichszeitraum sogar mehr als verdreifacht. Bei den Frauen gab es einen Anstieg um 50%.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Website der Wirtschaftskammer Österreich, <http://www.wko.at> (24.04.2012).

<sup>17</sup> 2012 betragen diese Grenzen 376,26 Euro brutto monatlich bzw. 28,89 Euro durchschnittlich täglich.

<sup>18</sup> Vgl. Riesenfelder et al., Geringfügige Beschäftigung in Österreich, 2011.

<sup>19</sup> Vgl. Haydn 2012.

Der Zuwachs an geringfügiger Beschäftigung ist vor allem bei unqualifizierten Tätigkeiten festzustellen. Während der Anteil höherer und hochqualifizierter Tätigkeiten in den letzten zehn Jahren konstant geblieben ist, verschoben sich die mittleren Tätigkeiten vermehrt hin zu geringqualifizierten Jobs. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Jobs von Personen mit keiner oder geringer Ausbildung ausgeübt werden. Vielmehr kommt es immer häufiger zu einer Überqualifizierung, d.h. dass Arbeitskräfte einer geringqualifizierten Tätigkeit nachgehen, obwohl sie eine höhere Ausbildung haben. Davon sind verstärkt Frauen und Personen mit Migrationshintergrund betroffen<sup>20</sup>. Die Entwicklung führt dazu, dass immer mehr Personen trotz einer besseren Ausbildung ein geringes Einkommen zur Verfügung haben und auch häufiger armutsgefährdet sind. Durchschnittlich weisen Personen mit einer geringfügigen Beschäftigung mit 1.167 Euro netto monatlich<sup>21</sup> ein um 30% geringeres Personeneinkommen auf als der österreichische Durchschnitt mit 1.657 Euro netto monatlich.<sup>22</sup> Sie zählen somit häufiger zu den *Working Poor*, also jenen Personen, die trotz Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen beziehen.

## Working Poor

Unter *Working Poor* werden jene Personen verstanden, die trotz eines Erwerbseinkommens nicht ausreichend verdienen, um ein Leben über der Armutsgefährdungsgrenze sicherzustellen. Dies ist der Fall, wenn mehrere Personen mit nur einem einzigen Einkommen unterstützt werden oder das Einkommen aufgrund von Teilzeitarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Diese wird jährlich neu berechnet und beträgt für das Jahr 2010 1.031 Euro netto.<sup>23</sup>

2009 ist die Zahl der *Working Poor* in Österreich zurückgegangen. Im Jahr 2004 zählten noch 277.000 Personen zu den *Working Poor*, im Jahr 2008 insgesamt 241.000 Personen. 2009 waren es nur noch 206.000 Personen. Viele Betroffene sind jedoch auch in die Arbeitslosigkeit abgerutscht<sup>24</sup> und sind somit der Armutsgefährdung noch stärker ausgesetzt als zuvor.

In Wien stellt sich die Situation ein wenig anders dar.<sup>25</sup> Die Zahl der *Working Poor* ist seit 2001 kontinuierlich gestiegen. Dieser Trend ist auch im ersten Halbjahr 2009 feststellbar. 2001 zählten 3.780 WienerInnen zu den *Working Poor*, 2008 hatte sich die Anzahl beinahe verdreifacht (9.896 Personen). Es zeigt sich auch, dass immer mehr Frauen unter den *Working Poor* zu finden sind.

Bei der geringfügigen Beschäftigung kommt es zu einer Verschiebung von mittleren Tätigkeiten hin zu unqualifizierten Tätigkeiten. Diese werden jedoch weiterhin von Personen mit einer mittleren Ausbildung ausgeübt, sodass es zu Überqualifizierung und geringerer Entlohnung kommt.

<sup>20</sup> Vgl. Riesenfelder et al., Geringfügige Beschäftigung in Österreich, 2011.

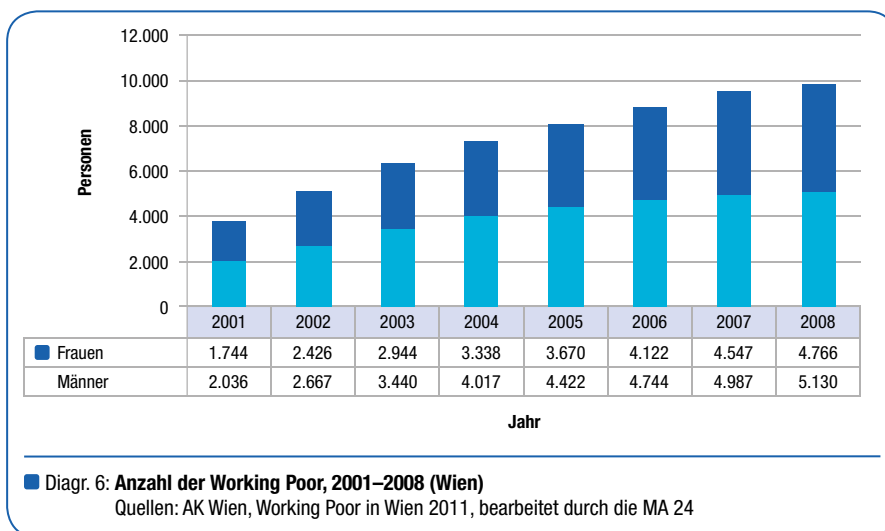
<sup>21</sup> Dieses Personeneinkommen beschreibt nicht nur Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung. Zum einen hat die geringfügige Beschäftigung etwa für die Hälfte der Betroffenen Kombinationscharakter (wird also mit anderen Beschäftigungsformen und Einkommensquellen kombiniert), zum anderen wurde das erhobene Einkommen auf Haushaltsebene zur Berechnung eines äquivalisierten Personeneinkommens herangezogen.

<sup>22</sup> Siehe FN 20.

<sup>23</sup> Vgl. Statistik Austria, Armut und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich, 2012.

<sup>24</sup> Siehe FN 23.

<sup>25</sup> Vgl. Riesenfelder et al., Working Poor in Wien, 2011.



### Studie Working Poor in Wien

2011 veröffentlichte die *Arbeiterkammer Wien (AK Wien)* die Studie *Working Poor in Wien*. Gegenstand der Studie ist eine Bestandsaufnahme von Wiener SozialhilfebezieherInnen mit parallelem Erwerbseinkommen. Untersucht wurde der Zeitraum vom zweiten Halbjahr 2000 bis zum ersten Halbjahr 2009, wodurch die Entwicklung und die Verläufe von *Working Poor*-Phasen analysiert werden konnten.

Aus dem erhobenen Zahlenmaterial und den qualitativen Interviews konnten wesentliche Erkenntnisse über die Sozialstruktur (Alter, Geschlecht, Ausbildung, Staatsbürgerschaft etc.), die Arbeitsverhältnisse (Arbeitszeit, Beschäftigungsverhältnis etc.) sowie die Problemlagen und Unterstützungsbedarfe gewonnen werden.

Siehe Homepage der *AK Wien*: <http://wien.arbeiterkammer.at>

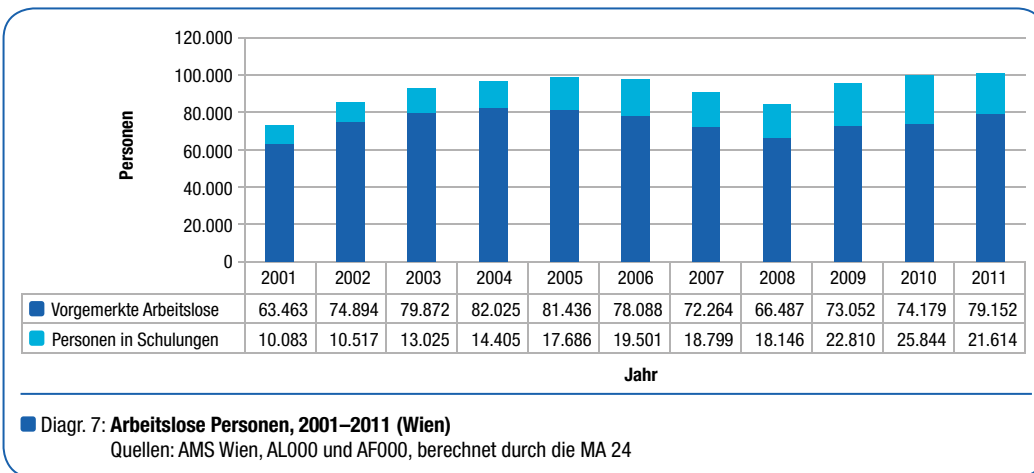
## 2.1.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit

### Arbeitslosigkeit in Wien

Aufgrund des wachsenden Arbeitskräftepotenzials steigt die Arbeitslosigkeit in Wien. Gleichzeitig sind jedoch immer mehr Stellen verfügbar (*siehe Kapitel 2.1.1*). Die Steigerung des Arbeitskräftepotenzials hat neben demografischen auch noch andere Gründe, wie beispielsweise die Ostöffnung des Arbeitsmarktes seit Mai 2011 oder die verstärkte Frauenerwerbstätigkeit. Dies trifft vor allem auf Wien in hohem Maße zu, da Wien von einer verstärkten Zuwanderung betroffen ist und Maßnahmen in der Kinderbetreuung (Gratis-Kindergarten) ausgebaut wurden. In Wien wählt nur die Hälfte aller KindergeldbezieherInnen die längste Kindergeldvariante, bundesweit sind es zwei Drittel.<sup>26</sup>

In Wien waren in den Jahren 2010 und 2011 knapp über 100.000 Personen arbeitslos (beim AMS vorgemerkte Arbeitslose und in Schulungen befindliche Personen). Dies entspricht einem Anstieg von mehr als 27.000 Personen bzw. 37% seit 2001.

<sup>26</sup> Vgl. BMWFJ, Kinderbetreuungsgeld-Statistik, 2012.

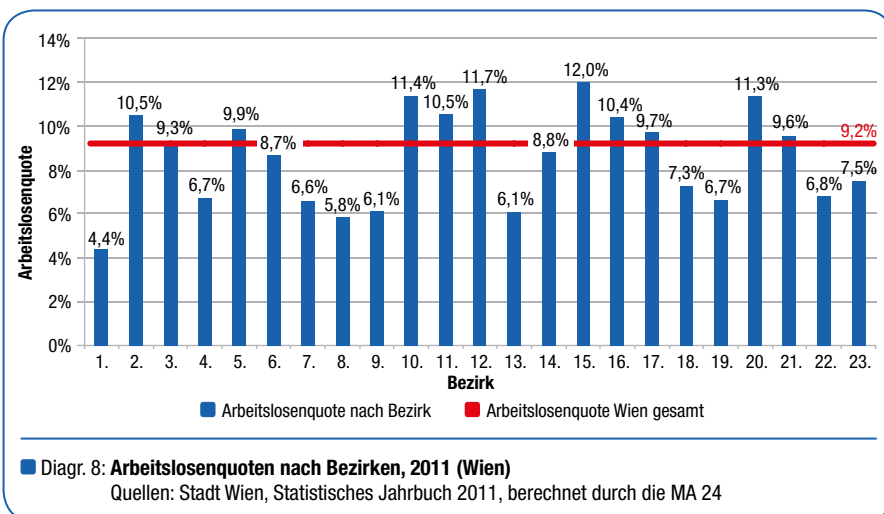


2010 betrug die nationale Arbeitslosenquote in Wien 8,8% (74.179 beim AMS vorgemerkte Arbeitslose), 2011 bereits 9,2% (79.152 beim AMS vorgemerkte Arbeitslose).

Die Arbeitslosigkeit verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Wiener Gemeindebezirke. Favoriten, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und Brigittenau wiesen 2010 mit über 11% eine stark überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf, in der Inneren Stadt und der Josefstadt waren hingegen weniger als 6% Arbeitslose.



© Foto: BilderBox.com



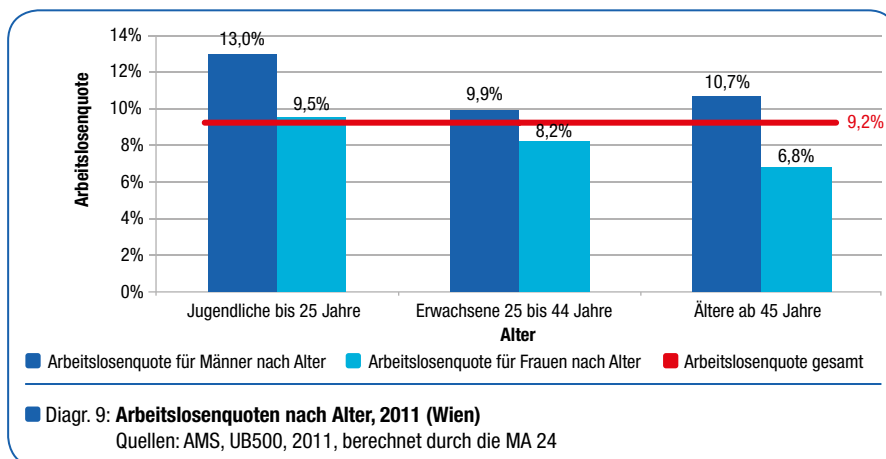
### Arbeitslosigkeit und Altersstruktur

Der Abbau von Arbeitsplätzen betrifft nicht alle Branchen gleichermaßen. Arbeitsplätze in der Sachgütererzeugung wurden in Wien deutlich reduziert, während Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich verstärkt aufgebaut wurden. Ebenso sind Vollzeitarbeitsplätze vermehrt Teilzeitarbeitsplätzen und neuen Beschäftigungsformen gewichen. Daher sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen sind tendenziell seltener arbeitslos (2011: 7,8%) als Männer (2011: 10,6%), da sie öfter im Dienstleistungsbereich und im Teilzeitbereich tätig sind.



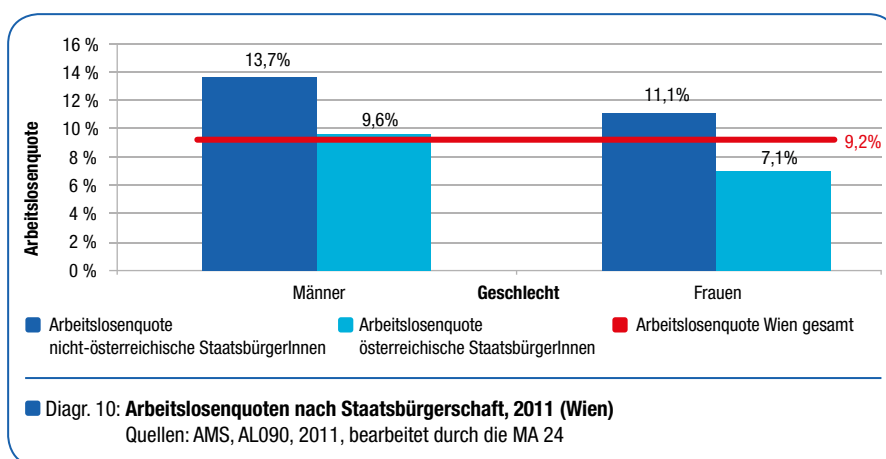
Jugendliche und ältere Männer sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Auch in der Altersverteilung zeigen sich deutliche Unterschiede. Zu Beginn und am Ende der Arbeitslaufbahn sind Personen besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Jugendliche unter 25 Jahren sind mit 11,3% überdurchschnittlich häufig arbeitslos, wobei hier der Unterschied zwischen Männern (13%) und Frauen (9,5%) besonders hoch ist. Männer ab 45 Jahre sind geringfügig häufiger arbeitslos als Männer zwischen 25 und 45 Jahren. Frauen sind in allen Altersstufen deutlich seltener arbeitslos als Männer, allerdings weisen sie eine höhere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit auf (siehe *Diagr. 11*).



### Arbeitslosigkeit und Staatsbürgerschaft

Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. 2011 lag die Arbeitslosenquote von österreichischen StaatsbürgerInnen in Wien bei 8,4%, jene von in Wien lebenden nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen bei 12,5%. Männer zählen dabei wiederum wesentlich häufiger zu den Betroffenen als Frauen.



### Langzeitbeschäftigungslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit

2011 waren 20.055 WienerInnen langzeitbeschäftigungslos.<sup>27</sup> Das entspricht einer Langzeitbeschäftigungslosenquote von 2,3% bzw. einem Anteil von knapp 20% an allen arbeitslos vorgemerkten Personen und Personen in Schulungen.

<sup>27</sup> Vgl. AMS Wien, Arbeitsmarktdaten, GÜ500, 2012.

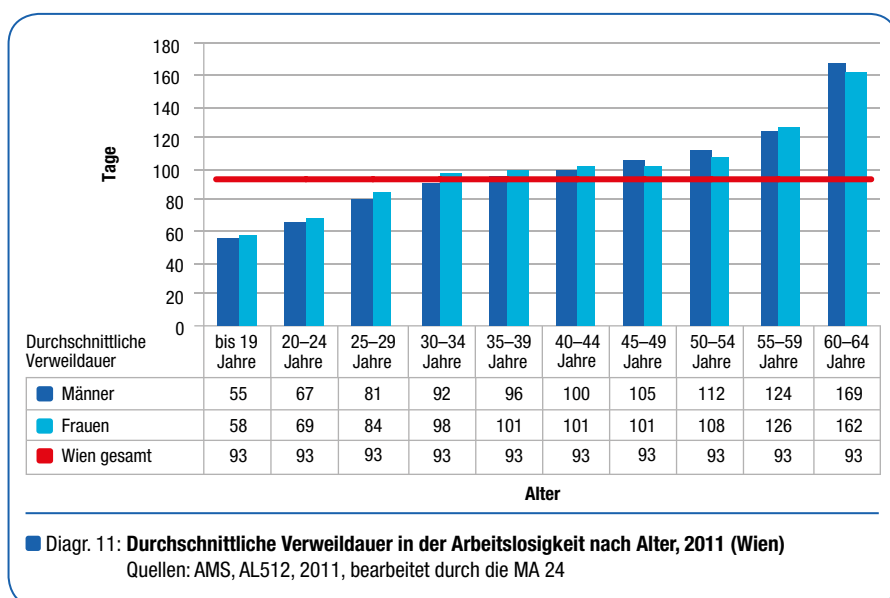
### Langzeitarbeitslosigkeit (LZAL)

In Österreich werden Personen, die über 365 Tage arbeitslos gemeldet sind, als langzeitarbeitslos gezählt. Unterbrechungen bis 28 Tage (zum Beispiel durch kurze Schulungen, Krankenstand oder kurze Beschäftigungsepisoden) unterbrechen die Zählperiode nicht.

### Langzeitbeschäftigungslosigkeit (LZBL)

Langzeitbeschäftigungslos sind Personen, die mehr als 365 Tage arbeitslos gemeldet sind oder sich in Schulungen des AMS befinden. Beschäftigungen und andere Unterbrechungen von weniger als 62 Tagen führen nicht zu einer neuen Arbeitslosenepisode und werden bei der Berechnung der LZBL-Dauer nicht mitgezählt. Damit versucht man diejenige Gruppe zu definieren, die sich kaum oder nur sehr schwer in nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse integrieren lässt.

Je nach Alter zeigen sich deutliche Unterschiede in der Verweildauer.<sup>28</sup> Mit zunehmendem Alter steigt diese kontinuierlich an. Frauen sind ab 30 Jahren, Männer ab 35 Jahren überdurchschnittlich lange in der Arbeitslosigkeit.



Österreichische StaatsbürgerInnen sind dabei häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Personen ausländischer Herkunft. 2010 waren 20,5% der arbeitslosen Personen ausländische StaatsbürgerInnen, der Anteil der ausländischen Langzeitarbeitslosen betrug allerdings nur 16,5%.<sup>29</sup>

### Arbeitslosigkeit und finanzielle Absicherung

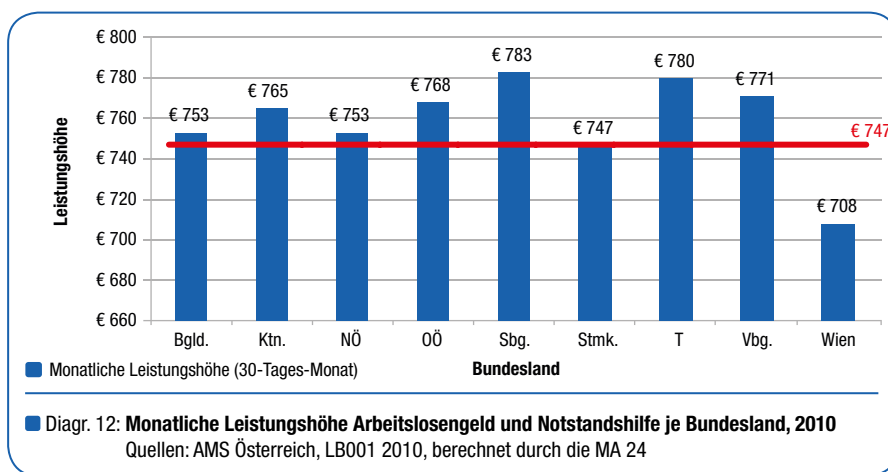
Wien weist aufgrund seiner Bevölkerungsdichte und -zusammensetzung die höchste Arbeitslosenrate in Österreich auf. Eine Sonderstellung nimmt Wien auch bei der Höhe der Unterstützungsleistung ein. In Wien erhalten Arbeitslose über das AMS die geringste finanzielle Absicherung.

Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind seltener langzeitarbeitslos als ÖsterreicherInnen.

<sup>28</sup> Verweildauer: Durchschnittliche Verweildauer (Tage) der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit im Beobachtungszeitraum.

<sup>29</sup> Vgl. AMS Österreich, Arbeitsmarktlage 2010, 2011.

2010 wurde in Wien beim Arbeitslosengeld und bei der Notstandshilfe ein durchschnittlicher Tagsatz von 23,60 Euro ausbezahlt. Dies ist im Österreichvergleich der mit Abstand niedrigste Wert. Durchschnittlich wurde in Österreich ein Tagsatz von 24,90 Euro ausbezahlt. Gemessen an einem 30-Tage-Monat stehen den arbeitslosen Personen in Wien knapp 40 Euro weniger zur Verfügung.



Wien weist die niedrigsten Tagsatzhöhen beim Arbeitslosengeld und bei der Notstandshilfe auf.

Die durchschnittlichen Tagsätze in Wien sind nicht nur bundesweit die niedrigsten, sie haben sich in den letzten Jahren auch unterdurchschnittlich entwickelt. Die Entwicklung der Leistungshöhen entspricht nicht dem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Zwischen 2002 und 2010 sind die Tagsatzhöhen in Wien um 14,3% (von 20,6 Euro auf 23,6 Euro) gestiegen. Der Verbraucherpreisindex ist im Vergleichszeitraum um 15,9% gestiegen. Wien und Vorarlberg sind die beiden einzigen Bundesländer, in denen die finanzielle Leistung für das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe in den letzten neun Jahren geringer gewachsen ist als das allgemeine Preisniveau.

	Tagsatzhöhen 2002	Tagsatzhöhen 2010	Veränderung 2002 auf 2010
Burgenland	€ 21,4	€ 25,1	17,2%
Kärnten	€ 21,4	€ 25,5	19,0%
Niederösterreich	€ 21,6	€ 25,1	16,4%
Oberösterreich	€ 21,4	€ 25,6	19,7%
Salzburg	€ 22,1	€ 26,1	17,9%
Steiermark	€ 21,2	€ 24,9	17,7%
Tirol	€ 22,2	€ 26,0	17,2%
Vorarlberg	€ 22,3	€ 25,7	15,2%
Wien	€ 20,6	€ 23,6	14,3%
Österreich	€ 21,3	€ 24,9	17,1%

*Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen*

■ Tab. 8: **Durchschnittliche Tagsatzhöhen für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe je Bundesland, 2002 und 2010**  
 Quellen: AMS Österreich, LB001, berechnet durch die MA 24

Erwerbsarbeit ist der beste Schutz vor Armut. Erwerbsaktive Personen weisen mit 9% eine unterdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung auf. Ganzjährig Erwerbstätige sind nur zu 4% armutsgefährdet. Nicht erwerbsaktive Personen<sup>30</sup> weisen mit 18% bereits eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung auf. Personen,

<sup>30</sup> Zum Beispiel PensionistInnen, Haushaltsführende, in Ausbildung befindliche oder etwa aus gesundheitlichen Gründen erwerbsinaktive Personen.

die aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbstätig sind, sind besonders betroffen. Hier ist bereits jede dritte Person von Armut bedroht. Am größten ist die Armutsgefährdung jedoch unter den arbeitslosen Personen, wobei die Dauer der Arbeitslosigkeit in direktem Zusammenhang mit der Armutsgefährdung steht. Personen, die sechs Monate oder länger pro Jahr arbeitslos sind, weisen eine Armutsgefährdungsquote von 37% auf. Bei den ganzjährig Arbeitslosen ist beinahe jede zweite Person von Armut bedroht.

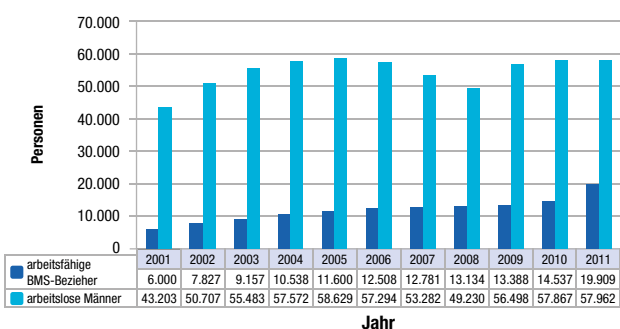
Erwerbsstatus	Armutsgefährdungsquote 2010
<b>erwerbsaktive Personen</b>	<b>9%</b>
ganzjährig erwerbstätig	4%
nicht ganzjährig erwerbstätig	12%
<b>nicht erwerbsaktive Personen</b>	<b>18%</b>
aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen nicht erwerbstätig	35%
<b>arbeitslose Personen</b>	<b>22%</b>
ein bis fünf Monate arbeitslos	13%
sechs bis elf Monate arbeitslos	37%
ganzjährig arbeitslos	43%

■ Tab. 9: **Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen im Vergleich zu nicht arbeitslosen Personen, 2010 (Österreich)**  
 Quellen: Statistik Austria, EU-SILC 2010, bearbeitet durch die MA 24

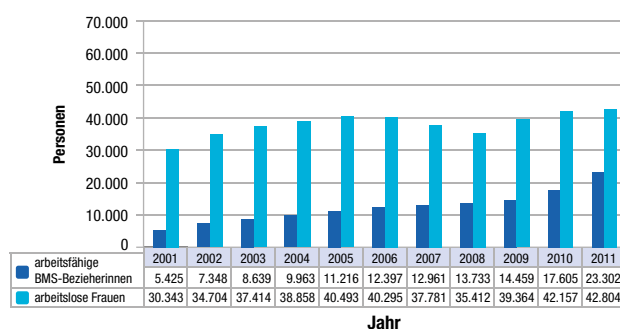
Arbeitslosigkeit und der Bezug von mindestsichernden Leistungen stehen in einem engen Zusammenhang.

Arbeitslosigkeit und der Bezug von mindestsichernden Leistungen stehen in einem engen Zusammenhang. Steigt die Arbeitslosigkeit, so steigt auch die Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen. Ein Absinken der Arbeitslosenraten bedeutet hingegen keinen Rückgang bei der Anzahl der BMS-BezieherInnen. Oftmals sind die arbeitslosen BMS-BezieherInnen nicht in der Lage, eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für sich zu nutzen (geringere Bildung, schlechterer Gesundheitszustand, Vermittlungshemmnisse etc.). Sehr häufig finden sich Langzeitbeschäftigungslose unter den BMS-BezieherInnen. Während die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2010 um 4% und im Jahr 2011 um 1% (jeweils gegenüber dem Vorjahr) gestiegen sind, so ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen im Jahr 2010 um 17% und im Jahr 2011 um 8% gestiegen.<sup>31</sup>

2011 waren 43.211 BMS-BezieherInnen (durchschnittlich pro Monat) arbeitsfähig, davon knapp mehr als 23.300 Frauen.



■ Diagr. 13: **Gegenüberstellung arbeitsfähige BMS-Bezieher und arbeitslose Männer, 2001–2011 (Wien)**  
 Quellen: AMS, AL000 und AF000 sowie MA 40, berechnet durch die MA 24

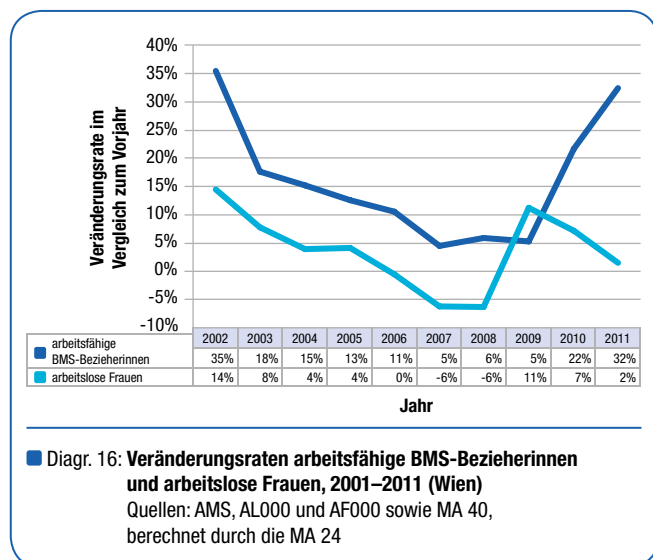
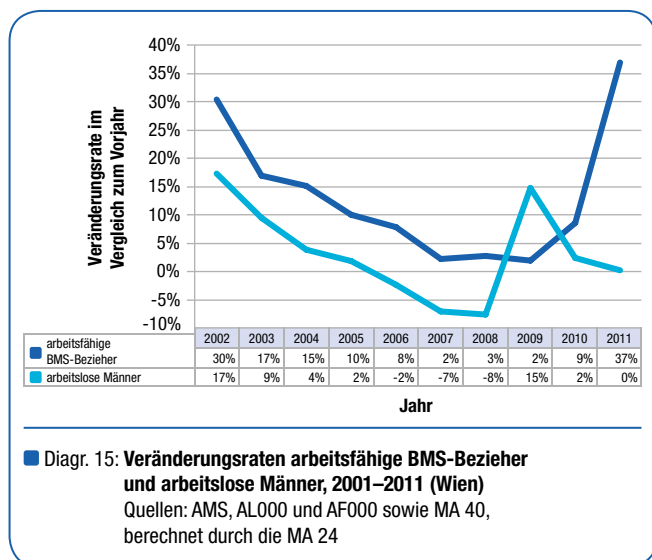


■ Diagr. 14: **Gegenüberstellung arbeitsfähige BMS-Bezieherinnen und arbeitslose Frauen, 2001–2011 (Wien)**  
 Quellen: AMS, AL000 und AF000 sowie MA 40, berechnet durch die MA 24

<sup>31</sup> Vgl. AMS Wien, Arbeitsmarktdaten, GÜ500, 2012.

Durch die Krise 2009 wurden viele arbeitsfähige Personen in die bedarfsorientierte Mindestsicherung gedrängt.

Die Gegenüberstellung der Veränderungsrate von Arbeitslosigkeit und BMS-Bezug zeigt bis 2008 eine beinahe synchrone Entwicklung. Im Krisenjahr 2009 war die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch (+13% gegenüber dem Vorjahr), die BMS-Leistungen wurden jedoch erst in den darauffolgenden Jahren verstärkt in Anspruch genommen. Bei den Männern ist dabei eine stärkere Zeitverzögerung (+9% im Jahr 2010, +37% im Jahr 2011) festzustellen als bei den Frauen (+22% im Jahr 2010, +32% im Jahr 2011).



Es zeigt sich, dass durch das Krisenjahr 2009 und die problematische Situation am Arbeitsmarkt ein hoher Anteil arbeitsfähiger Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist bzw. sich – vor allem in den Folgejahren 2010 und 2011 – im Leistungsbezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung wiederfindet. Verstärkt wurde dieser Effekt durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im September 2010, da die neuen Mindeststandards über den bisherigen Richtsätzen liegen. Auch durch die Einführung der deutlich höheren Kindermindeststandards im März 2011 wurden mehr Personen – insbesondere Familien mit einem bestehenden Einkommen – anspruchsberechtigt.

Die in den letzten Jahren aufkommende Missbrauchsdebatte trifft daher die Falschen. Vielfach sind es arbeitsfähige und arbeitswillige Personen, deren Situation sich durch die Entwicklungen am Arbeitsmarkt verschärft hat, und zwar nicht nur durch den krisenbedingten Abbau von Arbeitsplätzen, sondern auch durch die steigenden Anforderungen betreffend Ausbildung und Flexibilität.

### 2.1.3 Exkurs: Bildung

#### Bildung und Einkommen

Eine gute Ausbildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie schützt vor Arbeitslosigkeit und eröffnet bessere Verdienstmöglichkeiten. 2011 war in Wien das Risiko, arbeitslos zu werden, für Personen mit maximal einer Pflichtschulbildung (25,6%) mehr als dreimal so hoch wie für Personen, die eine Lehrbildung (8,3%) abgeschlossen hatten.<sup>32</sup> In den nächsten Jahren wird die

<sup>32</sup> Vgl. BMASK, Website des Bali-Web: <http://www.dnet.at/bali> (21.03.2012).

Beschäftigung für Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss in Wien zurückgehen, während die Beschäftigung für alle anderen Ausbildungen wachsen wird.<sup>33</sup>

Auch das Einkommen steht in einem direkten Zusammenhang mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung. Personen mit einem Pflichtschulabschluss als höchste Ausbildung verdienten im Jahr 2009 in Österreich im Mittel 17.109 Euro netto, somit um 17% weniger als das mittlere Einkommen aller Personen ausmacht (20.618 Euro). Personen mit einem Universitätsabschluss verdienten hingegen 28.938 Euro pro Jahr: Ein Einkommen, das 40% über dem gesamten mittleren Einkommen liegt.

Weiters zeigt sich, dass sich die Einkommenssituation für weniger gut Ausgebildete verschlechtert. 2003 war das Einkommen einer Person mit Pflichtschulabschluss nur 10% vom Mittelwert entfernt, 2009 waren es bereits 17%. Auch Personen mit einem Lehrabschluss verdienten 2003 relativ mehr. Ihr Einkommen lag 2003 rund 5% über dem Durchschnitt, 2009 nur noch 3%.

Das Einkommen hängt vom Bildungsniveau ab. Weniger gut Ausgebildete verdienen nicht nur weniger, ihre Einkommenssituation verschlechtert sich auch zunehmend.

	2003		2009		Veränderung 2003 auf 2009
	Einkommen	Lücke zum Mittelwert	Einkommen	Lücke zum Mittelwert	
Pflichtschule	€ 15.289	-10%	€ 17.109	-17%	12%
Lehre bzw. mittlere Schule	€ 17.787	5%	€ 21.143	3%	19%
Matura	€ 20.203	19%	€ 24.283	18%	20%
Universität	€ 23.663	39%	€ 28.938	40%	22%
<b>Insgesamt</b>	<b>€ 16.969</b>	<b>0%</b>	<b>€ 20.618</b>	<b>0%</b>	<b>22%</b>

■ Tab. 10: Jährliches Äquivalenzeinkommen nach höchster abgeschlossener Ausbildung, 2003 und 2009 (Österreich)

Quellen: Statistik Austria, EU-SILC 2003 und 2010, berechnet durch die MA 24

Eine bessere Ausbildung erhöht die Chancen auf eine Erwerbstätigkeit, die gut entlohnt ist. Allerdings steigen aufgrund der vielen gut ausgebildeten Personen auch die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Dadurch wird es für weniger gut ausgebildete Personen immer schwieriger, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Arbeitsplätze, die keine oder nur wenig Ausbildung voraussetzen, werden seltener und deren Entlohnung immer geringer. Die Erwerbstätigenquote für Personen mit Pflichtschulabschluss lag 1995 noch bei 52,6%, 2009 sank sie auf 48,2%. Österreichweit erhöhte sich hingegen die Erwerbstätigenquote um 2,9 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote für Personen mit Pflichtschulabschluss ist im Vergleichszeitraum von 5,8% auf 10,2% gestiegen, während sich die Gesamtarbeitslosenquote für Österreich nur um 1,1 Prozentpunkte erhöht hat.<sup>34</sup>

Personen mit keiner oder geringer Ausbildung finden sich größtenteils in unsicheren oder prekären Arbeitsverhältnissen und zählen häufiger zu den VerliererInnen in Krisenzeiten und bei Veränderungen am Arbeitsmarkt. Es zeigt sich auch ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und der Kinder. Kinder, deren Eltern eine höherwertige Ausbildung haben, erbringen in der Schule deutlich bessere Leistungen als jene, deren Eltern nur über einen

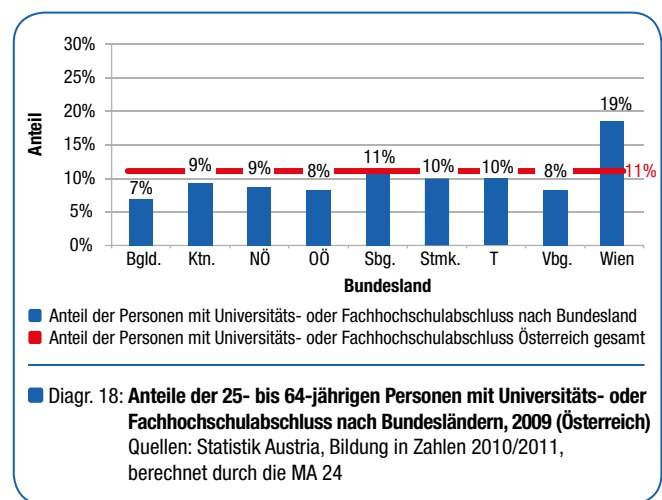
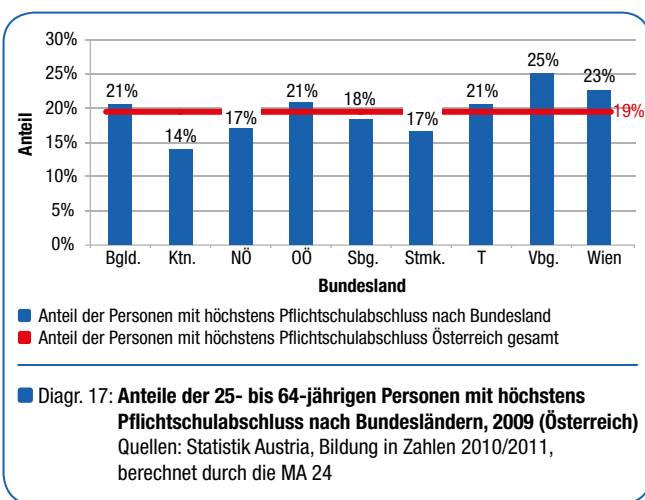
<sup>33</sup> Vgl. WIFO, Mittelfristige Beschäftigungsprognose – Teilbericht Wien, 2012.

<sup>34</sup> Vgl. Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2009/2010, 2012.

Pflichtschulabschluss verfügen.<sup>35</sup> Maßnahmen sind daher sowohl im Bereich der Erwachsenenbildung als auch im Schulsystem notwendig. Die *Stadt Wien* setzt vielfältige Maßnahmen, um den WienerInnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Nicht übersehen werden darf jedoch, dass der Bildungsbereich zu einem überwiegenden Teil in die Kompetenz des Bundes fällt und vom Bund gelenkt wird. Daher müssen auch hier die Reformen ansetzen, um nachhaltige Ergebnisse sicherstellen zu können. Ein gutes Bildungssystem kann Menschen vor Armut und Arbeitslosigkeit bewahren.

### Bildungsstand der WienerInnen

In Wien gibt es eine große Anzahl schlecht ausgebildeter Personen (vier Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt), aber auch überdurchschnittlich viele Personen, die sehr gut ausgebildet sind (acht Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt).



Wien hat die höchste Betreuungsquote bei Kleinkindern unter drei Jahren.

Wien weist bundesweit mit Abstand die höchste Betreuungsichte bei Kleinkindern unter drei Jahren auf. 28,1% aller unter Dreijährigen besuchen eine Krippe oder einen Kindergarten, österreichweit sind es lediglich 17,1%.<sup>36</sup> Bestehenden Defiziten (z.B. mangelnde Deutschkenntnisse) kann dadurch bereits frühzeitig entgegengewirkt werden. Aufgrund der Bevölkerungsdichte ist in Wien die durchschnittliche SchülerInnenzahl pro Klasse am höchsten. In einer Volksschulklasse sind in Wien durchschnittlich 21,7 SchülerInnen, bundesweit sind es nur 18,3 SchülerInnen.<sup>37</sup>

Auch die Zusammensetzung der Bevölkerung trägt zur Sonderstellung Wiens bei. In Wien finden sich die meisten MigrantInnen (Personen, die nicht in Österreich geboren sind)<sup>38</sup> und somit auch der größte Anteil an SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache. Mehr als 40% der SchülerInnen an Wiener Schulen hatten im Schuljahr 2009/2010 keine deutsche Erstsprache, bundesweit sind es nur 17,3%. Mangelnde Deutschkenntnisse sind eine wesentliche Ursache für Schwierigkeiten beim Ausbildungsabschluss und beim Eintritt in den Arbeitsmarkt. 2009 haben in Wien beinahe 16% aller 15- bis 34-Jährigen ihre Ausbil-

<sup>35</sup> Vgl. Bundesinstitut bife, PISA 2009, 2010.

<sup>36</sup> Vgl. Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2010/2011, Schlüsselindikatoren und Analysen, 2012.

<sup>37</sup> Vgl. Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2010/2011, Tabellenband, 2012.

<sup>38</sup> Vgl. Statistik Austria, Migration und Integration, 2011.

derung abgebrochen (Österreich: 9,6%). Die Gründe dafür sind vielfältig, am häufigsten werden Schulprobleme für den Ausbildungsabbruch genannt.<sup>39</sup>

Wien liegt bei den frühen SchulabgängerInnen mit einem Anteil von 12% mehr als drei Prozentpunkte über dem Österreichdurchschnitt (8,6%).<sup>40</sup> Die Auswirkungen dieser Entwicklung zeigen sich in der Erwerbstätigkeit der jungen Erwachsenen. Wien weist 2009 eine Erwerbstätigenquote der 15- bis 34-Jährigen von 63,5% auf, um mehr als fünf Prozentpunkte unter dem Österreichdurchschnitt.<sup>41</sup> Ebenso liegt die Arbeitslosenquote der 15- bis 34-Jährigen in Wien mit 10,9% um beinahe vier Prozentpunkte über dem Österreichschnitt von 7%.<sup>42</sup>

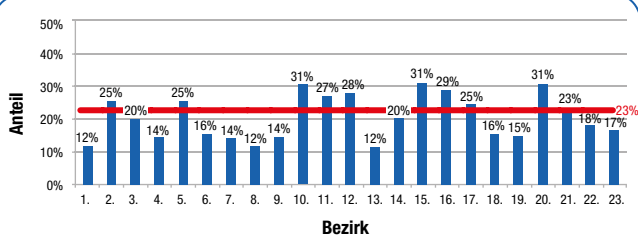


© Foto: contrastwerkstatt – Fotolia.com

### Unterschiedlicher Bildungsstand in den Wiener Bezirken

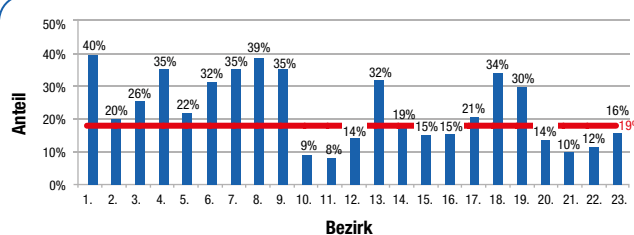
Innerhalb von Wien ist der Bildungsstand ebenfalls sehr unterschiedlich. In den Bezirken Favoriten, Simmering, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Brigittenau ist der Anteil jener Personen, die höchstens einen Pflichtschulabschluss<sup>43</sup> haben, überdurchschnittlich hoch. Mehr als 25% der 25- bis 64-jährigen Bezirksbevölkerung verfügt somit über keine abgeschlossene Ausbildung, wodurch es in diesen Bezirken zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit (siehe Diagr. 8) und zu einer erhöhten Inanspruchnahme von mindestsichernden Leistungen (siehe Kapitel 3 – Diagr. 52) kommt. Gleichzeitig gibt es in diesen Bezirken (zusammen mit den Bezirken Floridsdorf, Donaustadt und Liesing) auch den mit Abstand geringsten Anteil an Personen mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss.

Bezirke mit einem hohen Anteil an geringqualifizierten Personen weisen eine höhere Arbeitslosigkeit und eine höhere Inanspruchnahme von BMS-Leistungen auf.



■ Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Bezirk  
 ■ Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss Wien gesamt

■ Diagr. 19: Anteile der 25- bis 64-jährigen Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Wiener Bezirken, 2009 (Wien)  
 Quellen: Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2010/2011, berechnet durch die MA 24



■ Anteil der Personen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss nach Bezirk  
 ■ Anteil der Personen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss Wien gesamt

■ Diagr. 20: Anteile der 25- bis 64-jährigen Personen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss nach Wiener Bezirken, 2009 (Wien)  
 Quellen: Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2010/2011, berechnet durch die MA 24

<sup>39</sup> Vgl. Statistik Austria, Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt, 2010.

<sup>40</sup> Vgl. Bacher et al. 2011.

<sup>41</sup> Siehe FN 39.

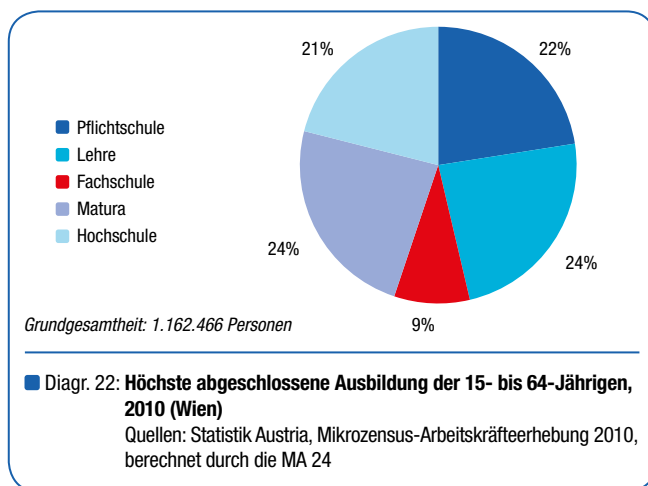
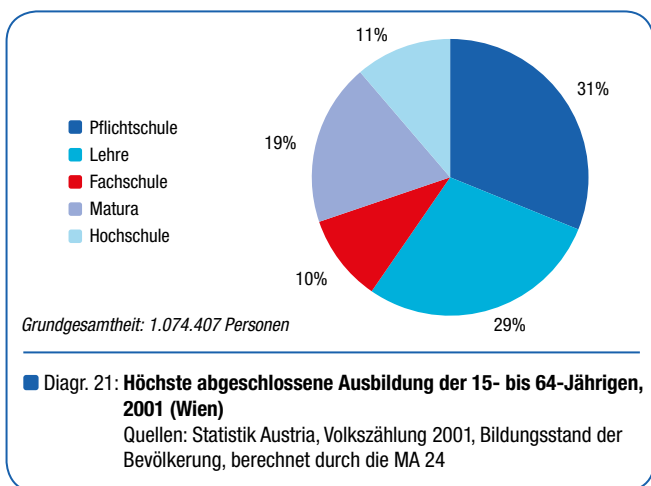
<sup>42</sup> Siehe FN 39.

<sup>43</sup> Inkl. jener Personen, die keinen Pflichtschulabschluss besitzen.



### Schere zwischen gut und schlecht ausgebildeten Personen wird größer

Immer mehr WienerInnen erlangen eine bessere Ausbildung. Dieser Trend setzte sich auch in den letzten Jahren fort. 2001 verfügten nur 11% der WienerInnen über einen Hochschulabschluss und 19% über eine Matura, 2010 hatten bereits 21% einen Hochschulabschluss und 24% die Matura. Der Anteil der Personen mit einem Pflichtschulabschluss als höchste Ausbildungsstufe ist im gleichen Zeitraum von 31% auf 22% zurückgegangen.



Immer mehr Personen erlangen eine gute Ausbildung. Doch auch die Anzahl der Personen mit großen Bildungsschwächen nimmt zu.

Trotz des insgesamt steigenden Ausbildungsniveaus wächst der Anteil jener, die gravierende Bildungsschwächen aufweisen. Der aktuelle *PISA-Test* für Österreich<sup>44</sup> zeigt, dass 28% der österreichischen SchülerInnen am Ende ihrer Pflichtschulzeit nicht sinnerfassend lesen können und 23% große Probleme haben, einfachste mathematische Fragestellungen in lebensnahen Situationen zu lösen. Insbesondere bei der Lesekompetenz zählt Österreich zu jenen drei *OECD*-Ländern, bei denen die Unterschiede zwischen SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund am höchsten sind. Die Leseschwäche der SchülerInnen der ersten MigrantInnengeneration hat sich seit der letzten *PISA-Studie* sogar weiter verschlechtert. Wer den Anschluss an den Arbeitsmarkt aufgrund fehlender Qualifikationen nicht schafft, hat ein erhöhtes (Langzeit-)Arbeitslosigkeitsrisiko und ist außerdem verstärkt von der Gefahr des sozialen Ausschlusses, der sozialen Unsicherheit und der Verarmung bedroht.<sup>45</sup>

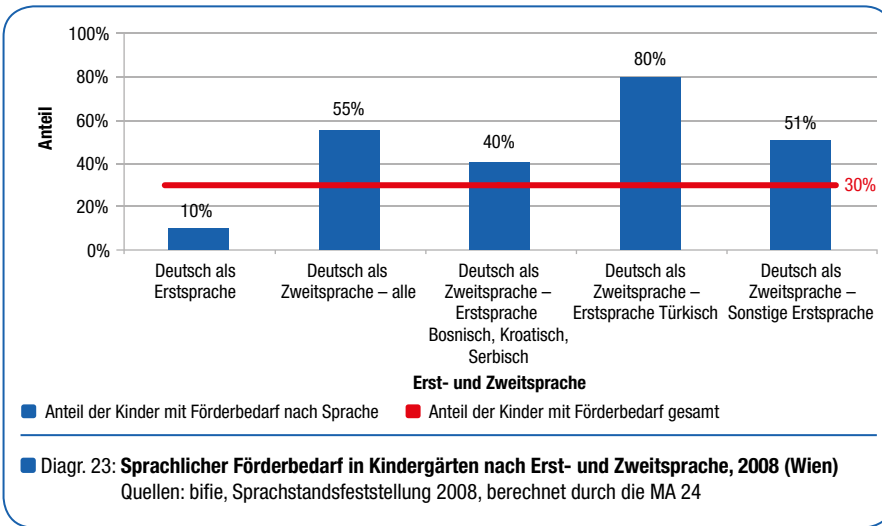
### Bildung und Migrationshintergrund

Das Erlernen und Anwenden der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Das Fehlen von Deutschkenntnissen bzw. das Aufrechterhalten einer nicht-deutschen Erstsprache führt insbesondere bei Kindern und Jugendlichen später zu einer Erschwernis beim Einstieg ins Berufsleben. Die Sprachstandsfeststellung in den Wiener Kindergärten zeigt, dass nur knapp 10% aller Kinder mit deutscher Erstsprache Bedarf an sprachlicher Förderung haben. Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache hingegen benötigen zu mehr als 55% sprachliche Förderung, wobei es innerhalb der Gruppe der MigrantInnen große Unterschiede gibt. Kinder mit türkischer Erstsprache haben zu 80% einen sprachlichen Förderbedarf, bei Kindern mit sonstigen Erstsprachen sind es rund 50%.<sup>46</sup>

<sup>44</sup> Bundesinstitut bife, PISA 2009, 2010.

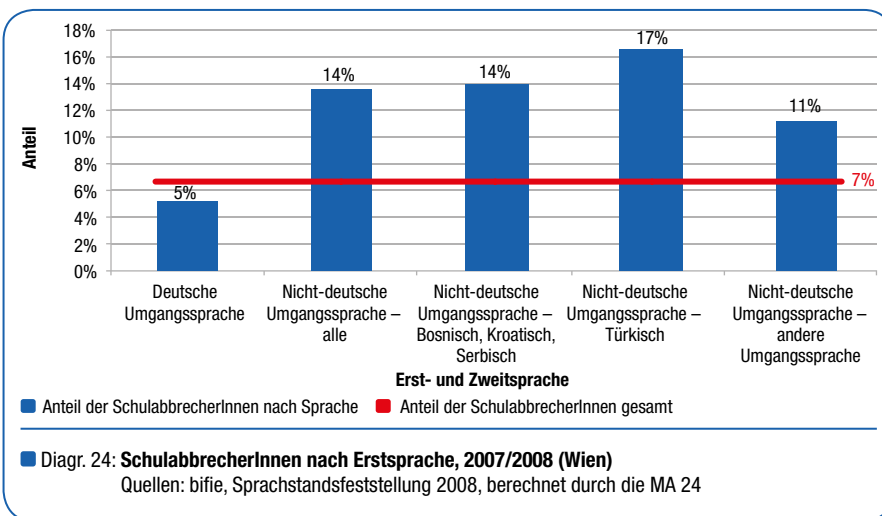
<sup>45</sup> Vgl. Bacher et al. 2011.

<sup>46</sup> Vgl. Bundesinstitut bife, Frühkindliche Sprachstandfeststellung, 2009.



Das Nicht-Erlernen der deutschen Sprache in der Kindheit beeinflusst auch den weiteren schulischen Erfolg. SchülerInnen mit deutscher Erstsprache brechen unterdurchschnittlich oft die Schule ab, SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache mehr als doppelt so oft. Dabei zeigt sich wiederum, dass Kinder mit türkischem Sprachhintergrund am häufigsten betroffen sind. Bereits jede sechste Person unter den 14-jährigen SchülerInnen mit türkischer Erstsprache bricht die Schule ab, jede siebte Person mit bosnischer, kroatischer oder serbischer Erstsprache und jede neunte Person mit einer anderen nicht-deutschen Erstsprache.<sup>47</sup>

Jugendliche mit nicht-deutscher Erstsprache brechen deutlich häufiger ihre Ausbildung ab.



Nicht nur die Sprache ist für den Erfolg der Schulleistungen ausschlaggebend. Ein Drittel des Leistungsvorsprungs der SchülerInnen ohne Migrationshintergrund ist ausschließlich auf die besseren sozioökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen.<sup>48</sup> Einwandererfamilien sind mit schlechteren sozialen Bedingungen konfrontiert, wie geringeres Einkommen, höhere Arbeitslosigkeit, eine schlechtere oder nicht anerkannte Ausbildung.

MigrantInnen in Wien weisen sehr unterschiedliche Ausbildungsniveaus auf. Jede vierte Person mit Migrationshintergrund verfügt über maximal einen

<sup>47</sup> Vgl. Bundesinstitut bifie, Frühkindliche Sprachstandsfeststellung, 2009.

<sup>48</sup> Vgl. Bundesinstitut bifie, PISA 2009, 2010.

Pflichtschulabschluss, jede fünfte Person mit Migrationshintergrund hat jedoch einen akademischen Abschluss. WienerInnen ohne Migrationshintergrund weisen hingegen nur zu 9% einen Pflichtschulabschluss und zu 23% einen akademischen Titel auf.<sup>49</sup>

Ein Drittel der MigrantInnen wird unter ihrem eigentlichen Ausbildungslevel eingesetzt. Eine niedrige Entlohnung trotz einer guten Ausbildung ist die Folge.<sup>50</sup> Ein Hauptgrund für die niedrige Entlohnung ist die Nichtanrechnung von im Ausland erworbener Qualifikation. Nur 17% der zugewanderten Personen mit Bildungsabschluss beantragen die Nostrifikation – meist aufgrund unübersichtlicher Regelungen.<sup>51</sup> Nur 5% der MigrantInnen erzielen ein Nettoeinkommen von mehr als 2.400 Euro pro Monat. Bei den Wiener ArbeitnehmerInnen erreichen hingegen 20% dieses Einkommensniveau.<sup>52</sup>

Kinder aus Migrationsfamilien sind bereits von Beginn an mit Nachteilen konfrontiert, die sich auf das gesamte Arbeitsleben auswirken.

Einwandererfamilien weisen daher eine schlechtere sozioökonomische Stellung auf und geben diese an ihre Kinder weiter. Die Leistungen von SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind deutlich schlechter als jene von SchülerInnen ohne Migrationshintergrund. Sie finden sich sehr viel seltener unter den SpitzenschülerInnen und überdurchschnittlich häufig unter den RisikoschülerInnen, und zwar in allen schulischen Bereichen wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Es zeigt sich auch, dass MigrantInnen der ersten Generation (nach der Geburt nach Österreich eingewandert) größere Schwächen aufweisen als MigrantInnen der zweiten Generation (in Österreich geboren, Eltern jedoch eingewandert).<sup>53</sup>

## 2.2 Leistungen der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales

### 2.2.1 Arbeitsintegration von BMS-BezieherInnen

Die berufliche Reintegration von Sozialhilfe- bzw. MindestsicherungsbezieherInnen wurde insbesondere in den letzten Jahren ein wichtiges Thema in der Sozialpolitik. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht nur die Anzahl der BezieherInnen, sondern auch der Anteil der arbeitsfähigen Personen in der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung stark gestiegen ist. Vor allem die Anzahl der ErgänzungsbezieherInnen, der Großteil davon in Bezug einer Leistung des AMS, hat sich erhöht. Der Schwerpunkt der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung liegt daher nicht mehr bei arbeitsunfähigen Personen bzw. Personen mit offensichtlichen Einschränkungen, sondern bei Personen, die durchaus eine Nähe zum Arbeitsmarkt aufweisen. Die geänderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt haben aber zu neuen Anforderungen und zur Exklusion bisher von Arbeitslosigkeit verschonter Gruppen (z.B. Personen mit geringer Bildung) geführt. Damit beginnt ein Teufelskreis: Längere Arbeitslosigkeit führt zu sozialen Folgeproblemen, die letztlich die Rückkehr in den Arbeitsmarkt noch weiter erschweren.

<sup>49</sup> Vgl. Riesenfelder et al., Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien, 2011.

<sup>50</sup> Siehe FN 49.

<sup>51</sup> Siehe FN 49.

<sup>52</sup> Siehe FN 49.

<sup>53</sup> Vgl. Bundesinstitut bifie, PISA 2009, 2010.

Die Sozialhilfe war bis weit in die 1980er-Jahre vorwiegend auf die Versorgung der Betroffenen mit den nötigen Existenzmitteln ausgerichtet. Anfang der 1990er-Jahre starteten erste Projekte zur Reintegration von SozialhilfebezieherInnen. Das *Land Wien* war mit dem Projekt *Jobchance* eines der ersten Bundesländer, das Maßnahmen zur Arbeitsintegration finanzierte. Das *AMS* selbst bot nur vereinzelt Maßnahmen für SozialhilfebezieherInnen an und schloss diese sogar teilweise von einzelnen Maßnahmen aus.

Trotz der Verpflichtung zur Arbeitssuche und zur Meldung beim *AMS* war nur ein Teil der BezieherInnen beim *AMS* durchgehend gemeldet. Die Gründe dafür sind vielfältig, z.B. Krankheit, Pensionsantrag, Bezugsunterbrechung oder fehlende Konsequenzen. Die Auswirkungen der nicht durchgängigen Meldeverläufe sind folgeschwer. SozialhilfebezieherInnen erreichten nur sehr selten den Status *langzeitarbeitslos*. Dieser ist jedoch für bestimmte Maßnahmen erforderlich. Die Studie *Erwerbspotential in der Sozialhilfe*<sup>54</sup> belegt, dass besonders problembehaftete KlientInnen nur unzureichende Unterstützung durch das *AMS* erhalten haben.

Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung wird in den letzten Jahren verstärkt von arbeitsfähigen Menschen in Anspruch genommen.

Der Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen war für BezieherInnen ohne *AMS*-Einkommen aus unterschiedlichsten Gründen sehr eingeschränkt.

### Studie Erwerbspotential in der Sozialhilfe

Die *MA 24* veröffentlichte 2011 die Studie *Erwerbspotential in der Sozialhilfe*, die als dritter Band der *Wiener Sozialpolitischen Schriften* erschien.

Im Zentrum der Studie stand eine Analyse der erwerbsfähigen Wiener Sozialhilfe-BezieherInnen im Zeitraum 2000–2008.

Als wesentliches Ergebnis wurde eine **Typologie von Sozialhilfe-BezieherInnen** erstellt: mehr als ein Viertel sind LangzeitbezieherInnen (länger als drei Jahre), etwa ein Sechstel sind Kürzest- und KurzzeitbezieherInnen (maximal ein Jahr); die größte Gruppe stellen jedoch Personen dar, die nach einem oder mehreren Ausstiegen wieder ins Sozialhilfe-System zurückfallen (40%) und aufgrund prekärer Beschäftigung oder der persönlichen Situation nur schwer nachhaltig integriert werden können.

Im Rahmen der Studie wurde auch nach **spezifischen Risikogruppen von erwerbsfähigen Sozialhilfe-BezieherInnen** geforscht. Grundsätzlich finden sich häufig multiple Problemlagen, d.h. die Betroffenen haben

nicht nur mit einem, sondern mit mehreren Problemen zu kämpfen. Fast jede oder jeder Zweite ist davon betroffen, keine verwertbare berufliche Ausbildung vorweisen zu können, eine zweite Risikogruppe sind Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Auch die Frage nach dem **Abgang aus der Sozialhilfe und der Integration in das Erwerbssystem** ist ein wichtiger Inhalt der Studie. So zeigt sich, dass der dauerhafte Abgang aus der Sozialhilfe bei Personen in Ehe- oder Lebensgemeinschaften deutlich höher ist als bei Alleinunterstützten. Zunehmendes Alter, steigende Kinderzahl oder Asylberechtigung verringern die Wahrscheinlichkeit eines kurzen Sozialhilfebezugs. Weniger als die Hälfte der aus der Sozialhilfe ausgeschiedenen Personen ist gleichzeitig auch in den Arbeitsmarkt integriert. Wo die Integration aber gelingt, stehen die Betroffenen – vor allem wegen prekärer Beschäftigung oder einer Beschäftigung im Niedriglohnsystem – trotzdem häufig vor nicht gesicherten Lebensverhältnissen.

Zentrale Ergebnisse können rund um die Frage der **Aktivierung von Sozialhilfe-BezieherInnen** festgemacht werden: nur etwas mehr als jede oder jeder Dritte (34%) hat im Beobachtungszeitraum an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen, was jedoch nicht am fehlenden Willen der Betroffenen, sondern an den zur Verfügung stehenden Angeboten bzw. am mangelnden Zugang zu den Maßnahmen liegt (Sozialhilfe-BezieherInnen sind oft nicht durchgängig beim *AMS* vorgemerkt).

Der **Anstieg von Sozialhilfe-BezieherInnen** in Wien ist vor allem durch Veränderungen am Arbeitsmarkt (prekäre Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung etc.) und durch veränderte Familienverhältnisse erklärbar. Er verdeutlicht aber auch die Brüchigkeit des vorgelegten *ersten sozialen Sicherungssystems* (z.B. Arbeitslosenversicherung), das die neuen sozialen Risiken nur unzureichend auffangen kann, wodurch es zu einer Verschiebung ins *zweite soziale Sicherungsnetz* (Bedarfsorientierte Mindestsicherung) kommt.

<sup>54</sup> Vgl. Riesenfelder et al., *Erwerbspotential in der Sozialhilfe*, 2011.



© Foto: Alexandra Kromus

Der kontinuierliche Anstieg der SozialhilfebezieherInnen, vor allem der arbeitsfähigen BezieherInnen, veranlasste die *Stadt Wien*, das bestehende Angebot an Maßnahmen auszuweiten. Im Rahmen des *EU-Förderprogramms Equal* wurden neue Beschäftigungsmaßnahmen für SozialhilfebezieherInnen entwickelt. In Folge wurden mehrere Beschäftigungsprojekte als ergänzendes Angebot zur *Jobchance* initiiert und finanziert.

Bereits vor Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung startete ein Pilotversuch zur Reintegration von SozialhilfebezieherInnen. Die neue Einrichtung *Step2Job* sollte den SozialhilfebezieherInnen passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen, soziale Unterstützung anbieten (z.B. Schuldenberatung) und Vermittlungsaufgaben übernehmen. Das zugrundeliegende Konzept baute auf den Erfahrungen der *Stadt Wien* bei der Reintegration von SozialhilfebezieherInnen (*Jobchance*) auf, ebenso auf den Erfahrungen des *AMS* bei der Reintegration von arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen, und orientiert sich am *Case Management*-Konzept.

### Case Management

*Case Management* ist ein Verfahren zur koordinierten Bearbeitung komplexer Fragestellungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. In einem systematisch geführten, kooperativen Prozess wird eine auf den individuellen Bedarf abgestimmte Dienstleistung erbracht. Gemeinsam vereinbarte Ziele und Wirkungen sollen dadurch mit hoher Qualität und Effizienz erreicht werden. *Case Management* stellt einen Versorgungszusammenhang über professionelle (SozialarbeiterInnen, medizinisches oder pflegerisches Personal etc.) und institutionelle Grenzen hinweg her. Es respektiert die Autonomie der KlientInnen bzw. KundInnen, nutzt und schont die Ressourcen im KlientInnen- sowie im Unterstützungssystem. Der *Case Management*-Prozess setzt sich aus den Elementen Assessment (Einschätzung), Hilfeplanung, Organisation der Hilfen, Monitoring und Evaluierung – eventuell mit einem Reassessment – zusammen.

Sowohl die Beschäftigungsprojekte als auch das Projekt *Step2Job* haben das Ziel, MindestsicherungsbezieherInnen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das *Land Wien* war bereits in der Vergangenheit Vorreiter bei der Finanzierung von speziellen Maßnahmen für SozialhilfebezieherInnen.

Zielgruppe des Pilotprojektes waren SozialhilfebezieherInnen, die keine Leistung des *AMS* beziehen (VollsozialhilfebezieherInnen und BezieherInnen einer Richtsatzergänzung ohne Anspruch auf eine Leistung des *AMS*).

Nach einer einjährigen Pilotphase wurde das Projekt *Step2Job* mit Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf ganz Wien ausgeweitet. Wien war damit das erste Bundesland, das bei Inkrafttreten der bedarfsorientierten Mindestsicherung bereits ein erprobtes Instrument zur Reintegration von MindestsicherungsbezieherInnen vorweisen konnte.

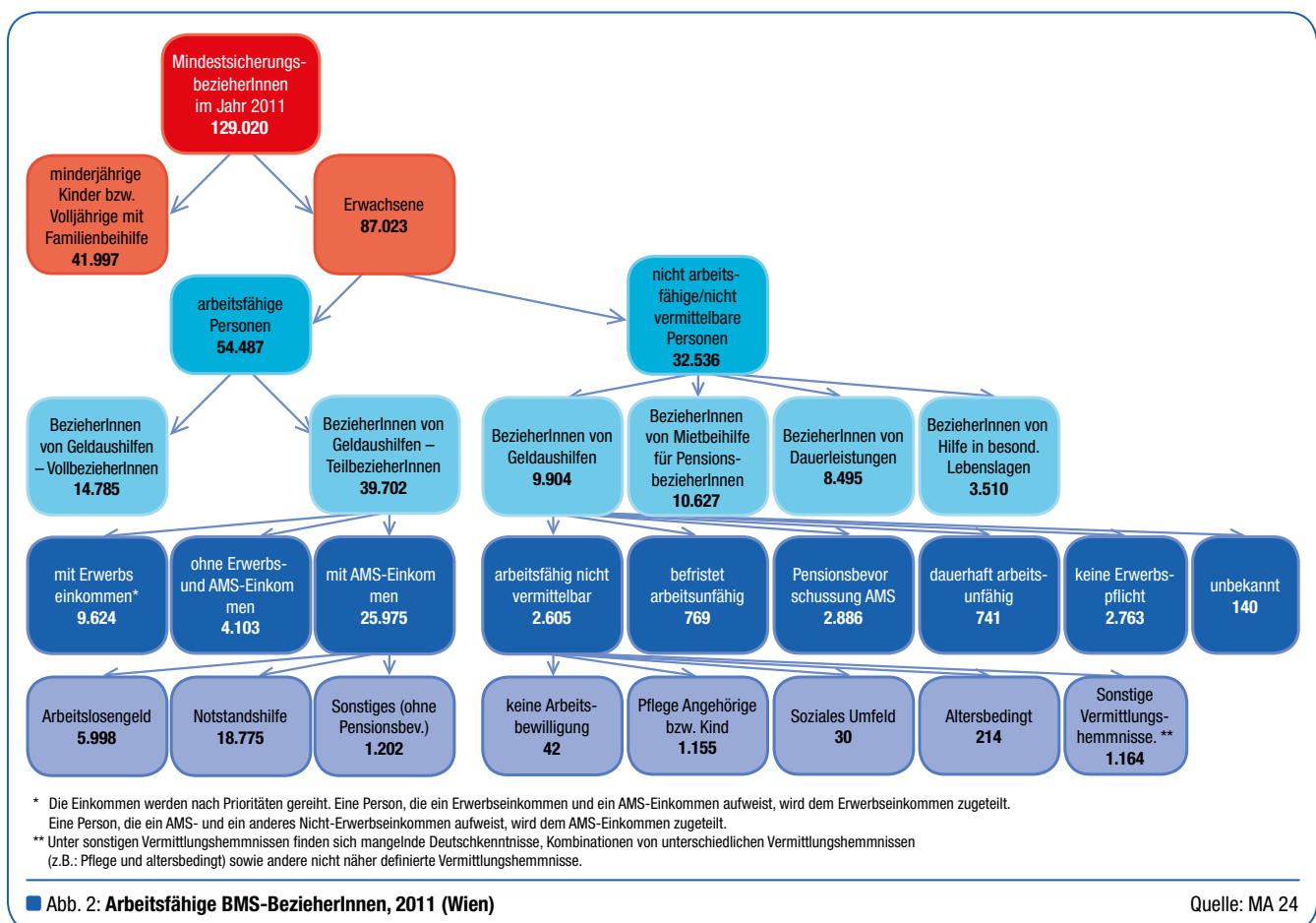
Nähere Details zu *Step2Job* sowie die Ergebnisse der Evaluierungsstudie werden in diesem Kapitel noch näher beschrieben. Außerdem steht auf der Homepage der *MA 24*<sup>55</sup> der gesamte Evaluierungsbericht zum Pilotprojekt zur Verfügung.

<sup>55</sup> <http://www.wien.gv.at/gesundheits/einrichtungen/planung/soziales/mindestsicherung.html>

## Arbeitskräftepotenzial in der Mindestsicherung

Die Einführung der Mindestsicherung hat eine Diskussion über Missbrauch und fehlende Arbeitsanreize entfacht. Der Anteil an arbeitsfähigen BezieherInnen ist zwar in den letzten Jahren sukzessive gestiegen, in der Öffentlichkeit wird jedoch übersehen, dass nur ein Teil der BezieherInnen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Im Jahr 2011 gab es rund 129.000 MindestsicherungsbezieherInnen. Die Hälfte dieser BezieherInnen, also rund 64.900 Personen, sind schulpflichtige Kinder, PensionistInnen (MietbeihilfenbezieherInnen) sowie Personen, die mehr als ein Jahr arbeitsunfähig sind oder bereits das Regelpensionsalter erreicht haben und keinen Anspruch auf eine Pension haben (DauerleistungsbezieherInnen).

Das Arbeitskräftepotenzial in der Mindestsicherung wird meist überschätzt. Viele der BezieherInnen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Dazu gehören etwa Kinder, PensionistInnen, arbeitsunfähige Personen oder Personen mit Betreuungsverpflichtungen.



Zusätzlich sind Personen mit Betreuungsverpflichtungen (Betreuung von Kleinkindern bis zum 3. Geburtstag oder Pflege von Angehörigen) von der Arbeitssuche befreit. Teilweise ausgenommen sind auch Personen, die nur kurzfristig auf die Mindestsicherung angewiesen sind (z.B. weil sie bereits Arbeit gefunden haben) oder Personen, deren Arbeitsfähigkeit gerade überprüft wird.

Die Anzahl der Personen, die nicht zur Vermittlung stehen, hat sich durch das Projekt *Step2Job* erhöht. Vielfach sind vordergründige Teilnahmeverweigerungen auf gesundheitliche Probleme oder andere Vermittlungshemmnisse zurückzuführen, die bis dato in der Betreuung nicht angesprochen wurden. Auch im Assessment stehen sehr oft gesundheitliche Fragen im Vordergrund. Weiters ist ein kleiner Teil der BezieherInnen trotz eines legalen Aufenthalts in Österreich

nicht auf dem Arbeitsmarkt zugelassen. Das Projekt *Step2Job* liefert daher indirekt detailliertere Erkenntnisse und Planungsgrundlagen über die MindestsicherungsbezieherInnen.

Die Anzahl der arbeitsfähigen Personen in der Sozialhilfe ist überdurchschnittlich stark gestiegen und hat sich seit 2001 mehr als verdoppelt.<sup>56</sup> Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich immer mehr Personen mit Ergänzungsleistungen in der bedarfsorientierten Mindestsicherung wiederfinden. Die Steigerungsrate der arbeitsfähigen Personen von +230% ist mit der Steigerungsrate der ErgänzungsbezieherInnen beinahe ident (*siehe Kapitel 3.3.1 – Tab. 24*).

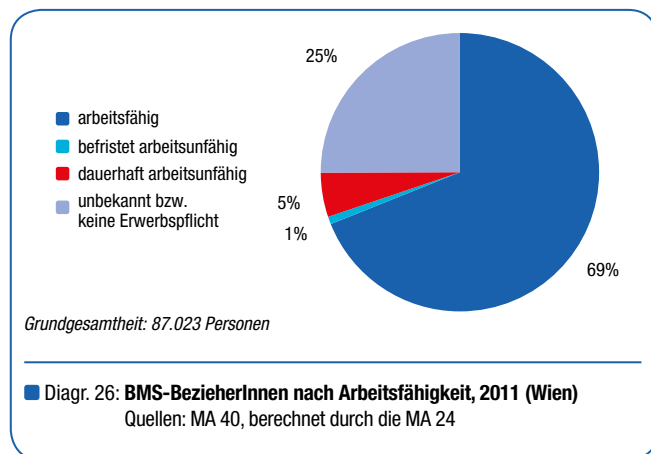
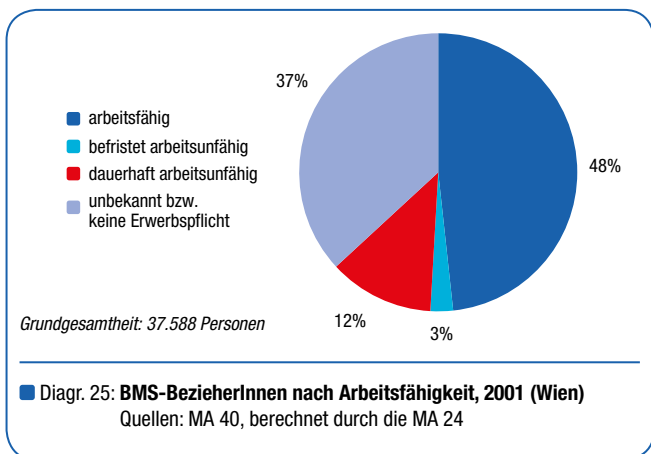
Arbeitsfähigkeit	2001	2009	2010	2011	Veränderung 2001–2011
arbeitsfähig <sup>1</sup>	18.148	30.742	43.506	59.978	230%
befristet arbeitsunfähig <sup>2</sup>	987	974	1.492	769	-22%
dauerhaft arbeitsunfähig <sup>3</sup>	4.596	3.647	3.632	4.479	-3%
unbekannt bzw. keine Erwerbspflicht <sup>4</sup>	13.857	35.546	24.887	21.797	57%
<b>Gesamt<sup>5</sup></b>	<b>37.588</b>	<b>70.909</b>	<b>73.517</b>	<b>87.023</b>	<b>132%</b>

<sup>1</sup> alle arbeitsfähigen Voll- und ErgänzungsbezieherInnen (vermittelbar und nicht vermittelbar)  
<sup>2</sup> alle befristet arbeitsunfähigen Voll- und ErgänzungsbezieherInnen  
<sup>3</sup> alle unbefristet arbeitsunfähigen BezieherInnen (Dauerleistung, Vollbezug, Ergänzungsbezug)  
<sup>4</sup> alle übrigen BezieherInnen (z.B.: Personen im Pensionsalter oder mit Kinderbetreuungspflichten)  
<sup>5</sup> Die Gesamtsumme ist ohne minderjährige Kinder bzw. volljährige Kinder mit Familienbeihilfenbezug

■ Tab. 11: **BMS-BezieherInnen nach Arbeitsfähigkeit, 2001–2011 (Wien)**  
 Quellen: MA 40, berechnet durch die MA 24

Mehr als zwei Drittel aller erwachsenen BezieherInnen 2011 waren arbeitsfähig.

Der Anteil der arbeitsfähigen Personen an allen erwachsenen BMS-BezieherInnen hat sich somit von 48% im Jahr 2001 auf 69% im Jahr 2011 erhöht. Vielfach handelt es sich hier um arbeitslose Personen (mit Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) oder um *Working Poor*, unter ihnen Familien mit vielen Kindern oder AlleinerzieherInnen.



Es sind immer mehr Frauen unter den arbeitsfähigen Personen. 2001 lag ihr Anteil bei 47,2%, zehn Jahre später bereits bei 51%. Dies lässt sich auf die höhere Frauenerwerbsquote zurückführen, die sowohl durch eine kostengünstige Kinderbetreuung (Wiener Gratis-Kindergarten seit Herbst 2009) als auch durch eine Änderung der Kinderbetreuungsgeldpolitik (kürzere Bezugszeiten durch das einkommensabhängige Kindergeld seit Jänner 2010) unterstützt wird.

<sup>56</sup> Aufgrund des Datenbruchs ist es nicht möglich, die arbeitsfähigen BMS-BezieherInnen in gleicher Weise wie in Abb. 2 darzustellen, da keine historischen Daten vor 2011 vorliegen.

Arbeitsfähigkeit	2001			2011			Veränderung Frauenquote in Prozentpunkten
	Männer	Frauen	Frauenquote	Männer	Frauen	Frauenquote	
arbeitsfähig	9.581	8.567	47,2%	29.387	30.591	51,0%	4
befristet arbeitsunfähig	558	429	43,5%	341	428	55,7%	12
dauerhaft arbeitsunfähig	2.538	2.058	44,8%	2.463	2.016	45,0%	0
unklar bzw. keine Erwerbspflicht	3.629	10.228	73,8%	7.805	13.992	64,2%	-10
<b>Gesamt</b>	<b>16.306</b>	<b>21.282</b>	<b>56,6%</b>	<b>39.996</b>	<b>47.027</b>	<b>54,0%</b>	<b>-3</b>

■ Tab. 12: BMS-BezieherInnen nach Arbeitsfähigkeit und Geschlecht, 2001–2011 (Wien)

Quellen: MA 40, berechnet durch die MA 24

KritikerInnen unterstellen den Betroffenen und dem System der Mindestsicherung sehr oft eine mangelnde Erwerbsorientierung. Die Instrumente haben sich aber im Vergleich zur früheren Sozialhilfe verbessert (Datenabgleich, Angebote für BMS-BezieherInnen, Sanktionsmöglichkeiten) und die gesetzten Maßnahmen zeigen ihre Wirkung. Die Erfolge dürfen aber nicht über die Situation der Zielgruppe am Arbeitsmarkt sowie die zum Teil massiven Vermittlungseinschränkungen hinwegtäuschen. MindestsicherungsbezieherInnen verfügen aufgrund eines niedrigen Bildungsstandes über sehr eingeschränkte Chancen am Arbeitsmarkt. Ein nachhaltiger Ausstieg gelingt daher nicht immer bzw. oft nur über den Niedriglohnsektor.

Zu den wichtigsten Aufgaben für die Zukunft zählt die Entwicklung von Maßnahmen für jene Personen, die es in den vom AMS vorgegebenen Fristen nicht schaffen, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Mit dieser Problematik ist auch das AMS konfrontiert, da durch die *Gesundheitsstraße* nur sehr wenige BezieherInnen einer Mindestsicherung als arbeitsunfähig eingestuft werden. In vielen Fällen besteht eine Teil- oder Restarbeitsfähigkeit mit geringen Chancen am Arbeitsmarkt. Zuletzt stellt sich auch die Frage, wie mit jenen Personen umzugehen ist, die auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, obwohl sie einer Arbeit nachgehen. Für sie ist die Mindestsicherung mit Sicherheit nicht die geeignete Leistung.

### Gesundheitsstraße

AMS Wien und Stadt Wien sind im Zuge der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung übereingekommen, die Prüfung der Arbeitsfähigkeit von MindestsicherungsbezieherInnen über die *Gesundheitsstraße* der Pensionsversicherungsanstalt abzuwickeln. Die Ergebnisse der Begutachtung werden von beiden Organisationen anerkannt. Die Zuweisung erfolgt über das AMS. Bei der MA 40 vorsprechende Personen, die offensichtlich arbeitsunfähig sind (Vorlage eines Gutachtens etc.) und keinen Anspruch auf eine Leistung des AMS haben, werden im Auftrag der MA 40 von anderen Einrichtungen begutachtet.

Ein geringer Bildungsstand verringert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Längere Arbeitslosigkeit führt zu sozialen Folgeproblemen, die zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen. MindestsicherungsbezieherInnen sind von diesen Risiken besonders bedroht.

Die gesetzten Maßnahmen sind erfolgreich, erreichen aber nicht alle KlientInnen. Die zentrale Frage wird sein, wie jene Personengruppen unterstützt werden, die aufgrund ihrer Einschränkungen auf dem *ersten Arbeitsmarkt* keinen passenden Job finden.



## Beschäftigungsprojekte

Das vorrangige Ziel der Beschäftigungsprojekte, die von der *Stadt Wien* mitfinanziert werden, ist die Integration der MindestsicherungsbezieherInnen in den *ersten Arbeitsmarkt*. Im Rahmen der Projekte wird eine bezahlte Beschäftigung sowie Unterstützung angeboten. Die Dauer der Teilnahme ist befristet, danach sollten die TeilnehmerInnen eine fixe Beschäftigung am *ersten Arbeitsmarkt* gefunden haben. Die Beschäftigung dient der Stabilisierung und Arbeits-erprobung und soll den Kontakt zu möglichen DienstgeberInnen herstellen.

Die Projekte wurden vor ein paar Jahren in einem Verbund organisiert, um eine bessere Abstimmung zu ermöglichen. *LEA* – Lernen Erfahren Arbeiten ist ein stufenweise aufgebautes Angebot für MindestsicherungsbezieherInnen. Die Projekte *JE\_TZT*, *Job-TransFair-TRAIN*<sup>3</sup> und *markt\_platz* bilden den *LEA-Verbund*. Durch die enge Kooperation wird der Zielgruppe ein breiteres Angebot ermöglicht (gemeinsame Informationstage) und die ProjektträgerInnen können sich mit den AuftraggeberInnen z.B. über Abläufe oder die Nutzung von Ressourcen intensiver austauschen. Die Zuweisung zu den Projekten erfolgt durch *Step2Job* bzw. durch andere Beratungseinrichtungen. Die Finanzierung der Beschäftigungsprojekte erfolgt durch die *Stadt Wien*, das *AMS* und aus Mitteln des *Europäischen Sozialfonds*. Die Fördersumme für das Jahr 2012 beträgt nach Abzug einer kalkulierten Eigenerwirtschaftung von knapp 88.000 Euro rund 2,15 Mio. Euro.

Die Projektfördersumme für die Beschäftigungsprojekte beträgt 2012 rund 2,15 Mio. Euro.

Das Projekt *JE\_TZT* ist ein Gemeinschaftsprojekt der *Caritas Wien* und der *Volkshilfe Beschäftigung* und richtet sich an arbeitsfähige MindestsicherungsbezieherInnen im Alter von 18 bis 35 Jahre (im Einzelfall bis 49 Jahre) mit geringen Vermittlungshemmnissen und wenig Arbeitserfahrung. Durch die Absolvierung von Praktika und den Erwerb von Berufserfahrung – unterstützt durch Einzelcoaching – sollen die TeilnehmerInnen innerhalb von sieben Monaten in den *ersten Arbeitsmarkt* dauerhaft integriert werden. Während der Teilnahme bei *JE\_TZT* befinden sich die TeilnehmerInnen in einem Dienstverhältnis (25 oder 30 Stunden) bei der *Caritas Wien* oder der *Volkshilfe Beschäftigung*. Im Jahr 2011 wurden 262 Bewerbungsgespräche geführt, davon traten 112 Personen in die Clearingphase ein. Insgesamt konnten 45 TeilnehmerInnen direkt in den *ersten Arbeitsmarkt* vermittelt werden, drei Personen wurden in einen *Sozialökonomischen Betrieb (SÖB)* in den *zweiten Arbeitsmarkt* vermittelt, weitere fünf Personen konnten eine längerfristige Ausbildung bzw. Qualifizierung beginnen.

45 MindestsicherungsbezieherInnen konnten durch *JE\_TZT* in den *ersten Arbeitsmarkt* vermittelt werden.

Die Zielgruppe von *Job-TransFair-TRAIN*<sup>3</sup> des *bfi* sind ebenfalls arbeitsfähige MindestsicherungsbezieherInnen im Alter von 18 bis 35 Jahre (im Einzelfall bis 49 Jahre). Die Personen weisen mittlere Vermittlungshemmnisse auf, verfügen über keine oder wenig Arbeitserfahrung und haben einen psychosozialen Betreuungsbedarf. Die Zielsetzung ist die Überleitung in eine Qualifizierungsmaßnahme oder die Vermittlung in einen *SÖB* am *zweiten Arbeitsmarkt* bzw. die (Re-)Integration in den *ersten Arbeitsmarkt* innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten. Die Arbeitszeit der ProjektteilnehmerInnen beträgt 30 Stunden pro Woche. 2011 wurde mit 251 Personen ein Vorstellungsgespräch geführt. Eine erfolgreiche Vermittlung in den *ersten Arbeitsmarkt* konnte 25 Transit-arbeitskräften ermöglicht werden, zwei weitere TeilnehmerInnen absolvieren längerfristige Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen.

25 Transitarbeitskräfte wurden durch *Job-TransFair-TRAIN*<sup>3</sup> erfolgreich in den *ersten Arbeitsmarkt* vermittelt.

*markt\_platz*, ein Projekt der *Caritas Wien*, unterscheidet sich von den beiden vorhin erwähnten Projekten insofern, als es sich um ein niederschwelliges gemeinwesenorientiertes Beschäftigungsprojekt für besonders arbeitsmarktferne MindestsicherungsbezieherInnen handelt. Die volle Arbeitsfähigkeit der TeilnehmerInnen wird nicht vorausgesetzt. Das Projekt ist auf Personen der Altersgruppe 18 bis 35 Jahre (im Einzelfall bis 49 Jahre) ausgerichtet, die aufgrund multipler sozialer Probleme und psychischer und/oder physischer Probleme keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Im Vordergrund steht nicht die Vermittlung in den *ersten Arbeitsmarkt*. Vielmehr sollen die TeilnehmerInnen befähigt werden, in weiterführende höherschwellige Projekte überzutreten und/oder Qualifizierungsmaßnahmen zu beginnen. Die TeilnehmerInnen arbeiten geringfügig oder bis zu 30 Stunden. Im abgelaufenen Jahr waren 48 Personen bei *markt\_platz* beschäftigt. Davon konnten sieben in den *ersten Arbeitsmarkt* und neun in den *zweiten Arbeitsmarkt* vermittelt werden. Weiters konnten zwei TeilnehmerInnen eine Qualifizierungsmaßnahme beginnen. In den Bereichen Dienstleistung und Verkauf konnte ein Jahresumsatz von knapp 60.000 Euro erwirtschaftet werden.

Ein weiteres Projekt der *Caritas Wien* war bis Anfang des Jahres 2012 *hke*. Die Zielgruppe und die Zielsetzung des Projekts entsprachen jenen von *markt\_platz*. Zwischen den beiden Projekten wurde eine intensive Kooperation aufgebaut, insbesondere in den Bereichen Administration und Coaching. Darüber hinaus wurden Produkte aus der *hke-Werkstatt* im Shop von *markt\_platz* verkauft. Von den 71 Personen, die 2011 bei *hke* entweder geringfügig beschäftigt waren oder Teilzeit (bis zu 30 Stunden) arbeiteten, konnte eine Person in den *ersten Arbeitsmarkt* vermittelt werden, elf Personen fanden einen Arbeitsplatz am *zweiten Arbeitsmarkt* und sieben Personen wurden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht. Aus der *hke-Taschenproduktion* konnte der Verkaufserlös gegenüber dem Vorjahr auf rund 43.000 Euro gesteigert werden. Die beiden Projekte wurden 2012 zu *markt\_platz* fusioniert.



© Foto: Stefanie Steindl

Elf TeilnehmerInnen von *hke* fanden 2011 am *zweiten Arbeitsmarkt* einen Arbeitsplatz. Die beiden Projekte *markt\_platz* und *hke* wurden Anfang des Jahres 2012 zusammengelegt.

Projektname	Zielgruppe	Angebot	Laufzeit	Entlohnung	Kosten/Finanzierung 2010/11	Plätze
Je_tzt (Caritas und Volkshilfe)	arbeitsfähige MindestsicherungsbezieherInnen zwischen 18–35 (49) Jahren mit geringen Vermittlungshemmnissen; wenig Arbeitserfahrung; soziale Unsicherheiten; 50% mit Migrationshintergrund; 50% Frauen	Beschäftigungsprojekt (30 Stunden): Berufsorientierung, begleitende Betreuung, Coaching, Qualifikationen, Praktikum	01.01. – 31.12. 2012	ca. 790 Euro netto	Gesamtkosten ca. 720.000 Euro (ESF, AMS, MA 40); die Stadt Wien finanziert im Wege der MA 40 das Projekt mit ca. 216.000 Euro	30
Job-TransFair-Train <sup>3</sup> (bfi)	arbeitsfähige MindestsicherungsbezieherInnen zwischen 18–35 (49) Jahren mit mittleren Vermittlungshemmnissen; kein/wenig Arbeitserfahrung; psychosozialer Betreuungsbedarf; 50% mit Migrationshintergrund; 50% Frauen	Beschäftigungsprojekt (30 Stunden): Berufsorientierung, begleitende Betreuung, Coaching, Qualifikationen, Praktikum; Überlassung am freien Arbeitsmarkt	01.01. – 31.12. 2012	ca. 800 Euro netto bzw. nach Kollektivvertrag bei Personalleasing	Gesamtkosten ca. 800.000 Euro (ESF, AMS, MA 40); die Stadt Wien finanziert im Wege der MA 40 das Projekt mit ca. 210.000 Euro	52
markt_platz (Caritas)	MindestsicherungsbezieherInnen zwischen 18–35 (49) Jahren; multiple soziale Probleme; kein Schulabschluss und/oder Berufsausbildung; psychische und physische Einschränkungen; 50% mit Migrationshintergrund; 50% Frauen	niederschwelliges Beschäftigungsprojekt; Berufsorientierung, begleitende Betreuung, Coaching, Erlernen von Arbeitstugenden	01.01. – 31.12. 2012	geringfügige Beschäftigung: 4,20–5 Euro/Std.; ca. 790 Euro netto für 30 Stunden	Gesamtkosten ca. 630.000 Euro (ESF, AMS, MA 40); die Stadt Wien finanziert im Wege der MA 40 das Projekt mit ca. 203.000 Euro	25

■ Tab. 13: Beschäftigungsprojekte, 2012 (Wien)

Quellen: MA 40, bearbeitet durch die MA 24



© Fotos: Aleksandra Pawloff

### Step2Job

Bereits vor Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung wurde in Wien ein Pilotprojekt zur beruflichen Reintegration von SozialhilfebezieherInnen installiert. Finanziert wurde das Pilotprojekt aus Mitteln des ESF und des AMS.

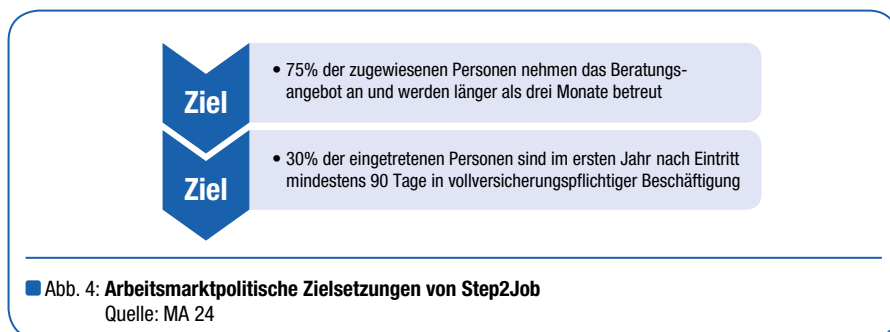
Die Zielgruppe des Projektes setzte sich aus arbeitsfähigen und auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden BezieherInnen von Sozialhilfeleistungen aus den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt zusammen. Ein weiteres Merkmal der Zielgruppe war, dass diese keine Leistungen des AMS erhielt und somit entweder zu den VollsozialhilfebezieherInnen oder zu den RichtsatzergänzungsbezieherInnen ohne eigenes AMS-Einkommen zählten. Es handelt sich daher großteils um eine sehr weit vom Arbeitsmarkt entfernte Gruppe von BezieherInnen, die entweder noch nie oder schon lange nicht mehr gearbeitet haben. Weiters war die Zielgruppe dadurch gekennzeichnet, dass sie beim AMS meist nicht durchgängig gemeldet war und sie dadurch die Qualifizierungsangebote des AMS kaum nutzen konnte. Angesichts dieser Zielgruppendefinition wurde bei der Konzeption des Projektes besonderes Augenmerk auf die Vielfalt der Unterstützungsangebote gelegt. Als geeignete Maßnahme wurde ein *Case Management*-Ansatz gewählt. Dieser ermöglicht nicht nur eine umfassende Einschätzung (Assessment) der Potenziale und Kompetenzen der Betroffenen, sondern auch einen strukturierten Betreuungsprozess mit den Eckpfeilern Hilfeplanung/Zielvereinbarung, Organisation der Hilfen inkl. Monitoring und Evaluierung.

Der *Case Management*-Ansatz von *Step2Job* ist ein strukturiertes und ganzheitliches Betreuungskonzept.



Übergeordnete Zielsetzung war die Reintegration der SozialhilfebezieherInnen in den Arbeitsmarkt. Zusätzlich sollte der Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht nur ermöglicht, sondern auch entsprechend vorbereitet werden. Durch diesen Ansatz, der alle in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration erforderlichen Lebensbereiche umfasst, sollten die Voraussetzungen zur Reintegration geschaffen werden. Der Zugang war relativ niederschwellig, und zusätzlich umfasste das Angebot auch einen nachgehenden bzw. aufsuchenden Ansatz, um die Annahme des Angebotes hoch und die Abbruchquote gering zu halten.

Das Pilotprojekt startete im September 2009 und dauerte bis Mai 2011. Die Betreuungsdauer betrug maximal zwölf Monate. Am Projekt nahmen 802 Personen teil. Die Zielsetzungen wurden bewusst ehrgeizig formuliert.



Das Projekt wurde begleitevaluert.<sup>57</sup> So konnten bereits während der Projektlaufzeit geringfügige Adaptierungen vorgenommen werden und eine Entscheidung über das *Rollout* mit Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung getroffen werden. Die Evaluierung bestätigte nicht nur, dass die Maßnahmen bei der richtigen Zielgruppe angekommen sind (hoher Bedarf an Unterstützung), sondern dass diese auch greifen. Die Ausfallsquote war – im Vergleich zu anderen Projekten – relativ gering und die Arbeitsaufnahmen entsprachen den Vorgaben.

Rund 45% der TeilnehmerInnen wiesen mindestens einen Beschäftigungstag auf. Rund 26% der TeilnehmerInnen standen im ersten Jahr nach Eintritt mindestens 90 Tage in vollversicherungspflichtiger Beschäftigung. Damit wurde die Zielvorgabe fast erreicht. Vor allem Jüngere (unter 45 Jahren), besser Gebildete, Nicht-ÖsterreicherInnen und nicht behinderte Personen kommen häufiger am Arbeitsmarkt unter.

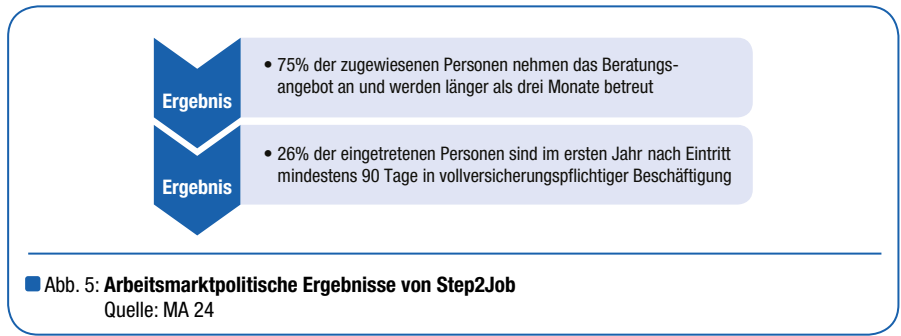
27% der TeilnehmerInnen konnten im Zuge der Beratung ihre Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung verbessern und 6% ihre Situation stabilisieren. In rund 8% der Fälle führte die Betreuung zur Klärung, dass eine Arbeitsmarktintegration nicht in Frage kommt (Betreuungspflichten, Krankheit etc.). Nur in 14% der Fälle konnte kein Ergebnis erzielt werden.

Die zweite Zielvorgabe, möglichst viele SozialhilfebezieherInnen für dieses Programm zu gewinnen, wurde mit 81% überschritten.

26% der TeilnehmerInnen waren im ersten Jahr nach Eintritt mindestens 90 Tage in Beschäftigung.



<sup>57</sup> Vgl. Hausegger et al. 2012.



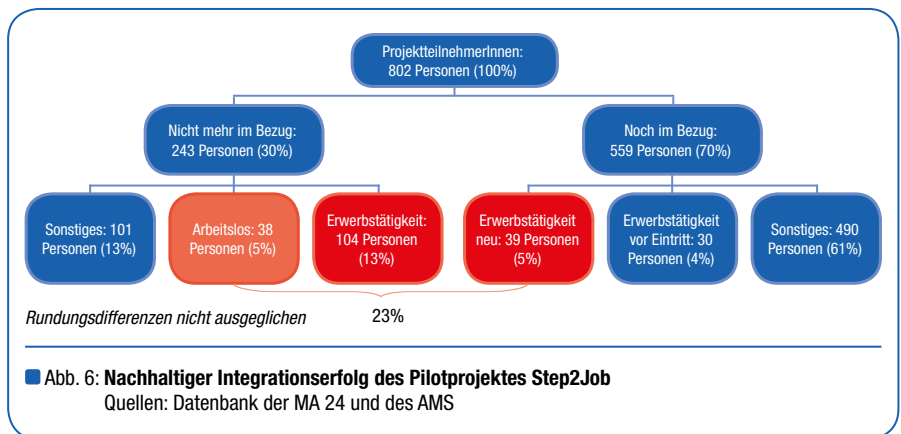
Neben diesen eher kurzfristigen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen sollte das Projekt auch eine nachhaltige Integration und einen dauernden Ausstieg aus der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung ermöglichen. Die MA 24 hat dazu die Mindestsicherungsverläufe der ProjektteilnehmerInnen analysiert.

243 Personen sind zum 31.12.2011 nicht mehr im Bezug von Mindestsicherung. Rund 66% davon sind schon mindestens ein Jahr, die restlichen 34% zumindest schon sieben Monate nicht mehr im Bezug von Mindestsicherung.

43% davon (104 Personen) weisen eine Beschäftigung, 16% (38 Personen) einen Arbeitslosengeldbezug auf. Zusätzlich hat sich die Anzahl jener Personen in der Mindestsicherung, die über ein Erwerbseinkommen verfügen, um 39 Personen erhöht. Diese Veränderung ist auch bei den Leistungsarten in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erkennbar. So hat sich die Anzahl der Beziehenden einer Ergänzungsleistung von 46% bei Eintritt ins Projekt auf 58% bei Bezugsende bzw. zum 31.12.2011 erhöht und die Zahl der VollbezieherInnen von 53% auf 41% reduziert.

Somit weisen rund 18% der TeilnehmerInnen (143 Personen) eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt auf. Der Großteil davon ist nicht mehr auf die Mindestsicherung angewiesen. Auch jene 38 Personen, die zum 31.12.2011 arbeitslos waren, weisen einen längeren Kontakt zum Arbeitsmarkt auf, da sie in der Zwischenzeit einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben. Damit erhöht sich die Erfolgsquote auf ca. 23%. Dieses Ergebnis ist umso überraschender, als rund 60%<sup>58</sup> der TeilnehmerInnen bereits drei Jahre und länger Sozialhilfe bezogen haben.

23% der TeilnehmerInnen des Pilotprojektes Step2Job sind bzw. 81% waren für längere Zeit in Beschäftigung. Der Großteil ist nicht mehr auf die Mindestsicherung angewiesen.

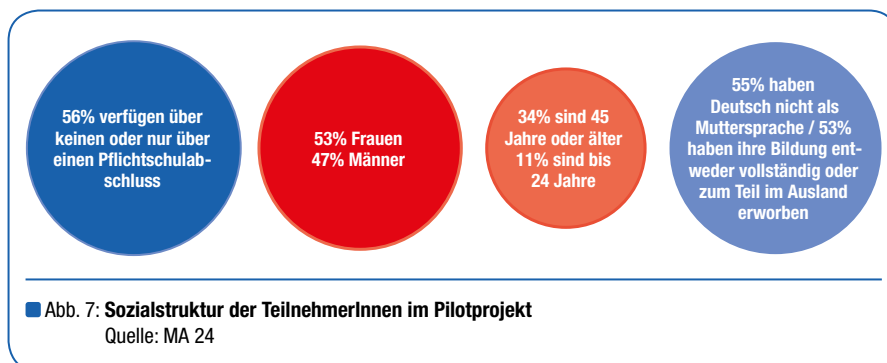


<sup>58</sup> Dieser Wert bezieht sich auf die aus der Mindestsicherung ausgeschiedenen Personen.

Dieses Ergebnis soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dauer des Bezuges stark mit den Integrationschancen korreliert. So sind 84% der noch in Bezug stehenden Personen bereits länger als drei Jahre im Bezug. Die lange Bezugsdauer weist aber auch auf die Probleme der Zielgruppe hin. Im Rahmen des *Case Management*-Prozesses werden die Problemlagen der TeilnehmerInnen in den eigens für dieses Projekt entwickelten *Integracharts* sowie im *Betreuungsplan* erfasst. Das Dokumentationssystem bildet auch die angestrebten und die erreichten Veränderungen ab. So gelingt es auch zusätzliche Erfolge zu messen, die über die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen hinausgehen. Weiters ermöglichen sie eine detaillierte Auskunft über die Beschaffenheit der Zielgruppe. Frauen und Männer waren im Pilotprojekt annähernd gleich verteilt. Die Altersstruktur der TeilnehmerInnen weist keine Besonderheiten auf. Gemäß der Zielgruppendefinition waren die TeilnehmerInnen zwischen 18 und 64 Jahre alt.

Besonders auffällig – aber nicht überraschend – ist der hohe Anteil an Personen, die über keinen bzw. nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Hier wird ein Problem im Zusammenhang mit der Migration evident. MigrantInnen verfügen sehr oft über einen (höheren) Schulabschluss, der jedoch in Österreich nicht anerkannt wird.

Erwähnenswert ist der hohe Anteil an Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Dies zeigt, dass diese Gruppe in besonders hohem Maße von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen ist.



Die Zielgruppe ist mit vielen Problemlagen konfrontiert. Rund 45% der TeilnehmerInnen haben drei oder mehr Belastungen. 31% der TeilnehmerInnen weisen nur eine geringe Problematik auf (max. eine Belastung). Im Gegensatz zu den LangzeitbezieherInnen handelt es sich hierbei um vorwiegend jüngere BezieherInnen. Auch ihre Chancen sind am Arbeitsmarkt durch oftmals abgebrochene Schullaufbahnen beeinträchtigt, doch weisen sie (noch) eine geringere Problemanhäufung auf.

Erwähnenswert ist, wie die BeraterInnen das verwertbare Kompetenzniveau der TeilnehmerInnen einschätzen. Rund 61% benötigen eine Qualifizierungsmaßnahme vor Aufnahme einer Arbeit. Diese Zahl korrespondiert sehr stark mit dem Bildungsniveau, zeigt aber auch, dass Personen mit einer Ausbildung nicht immer vor Arbeitslosigkeit gefeit sind (veraltete Ausbildung, die auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht wird, bzw. fehlende Zusatzqualifikationen wie z.B. EDV). Sehr hoch ist auch der Anteil jener Personen, die nur über eine eingeschränkte schriftliche Kommunikationsmöglichkeit verfügen.

Die TeilnehmerInnen weisen zu 45% Mehrfachproblematiken auf, d.h. sie haben drei oder mehr Belastungen.

61% der TeilnehmerInnen sind aufgrund ihres Kompetenzniveaus nicht auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar. Das Projekt *Step2Job* bietet dafür entsprechende Unterstützung an.

Sehr oft, insbesondere bei älteren Personen, sind auch gesundheitliche Einschränkungen vorherrschend.

In rund 26% der Fälle gibt es Betreuungs- und Pflegeaufgaben, die Einfluss auf die künftige Erwerbstätigkeit haben (z.B. nur Teilzeit- oder eine geringfügige Beschäftigung möglich). Dies ist bei Frauen bei Weitem öfter der Fall (45%) als bei Männern (4%).

36% der TeilnehmerInnen weisen gesundheitliche Probleme auf.

Etwas weniger oft treten finanzielle Schwierigkeiten und Wohnungsprobleme auf. Diese finden sich vor allem bei der am schwierigsten integrierbaren Gruppe der TeilnehmerInnen.



In allen Problembereichen erfolgten Interventionsvorschläge von Seiten der BeraterInnen von *Step2Job*. Entsprechend der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung des Projektes erfolgten diese zumeist in den Bereichen Qualifizierung und Kompetenzaufbau (Bewerbung und Sprache). Eine hohe Deckung zwischen Problem- und Interventionshäufigkeit ist im Bereich Gesundheit und Kompetenzaufbau festzustellen. Auffällig ist die eher geringe Anzahl an Interventionsvorschlägen im Vergleich zur Problemhäufigkeit in den Bereichen Pflege und Betreuung sowie bei Wohnproblemen. Die Erfolgsquote (positive Veränderung) belief sich bei den meisten Vorschlägen auf über 50%.

## Step2Job – Sozialarbeit für den Arbeitsmarkt

Dr. Norbert Regitnig-Tillian, freier Journalist

*Step2Job* soll Menschen helfen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das aus einem Pilotprojekt hervorgegangene Programm wird seit Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) in Wien in institutionalisierter Form für BMS-BezieherInnen angeboten. Die Erfahrungen im Projekt bestätigen den hohen Unterstützungsbedarf der Zielgruppe.

Gewiss, es gibt Gemeinsamkeiten. Wohnungsprobleme, Schulden, Gesundheitsfragen. Oft sind es auch Sprachprobleme. „Aber unsere Klientel ist so inhomogen, wie man sie sich nur vorstellen kann“, sagt *Step2Job*-Projektleiterin Sabine Roitner vom *Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB) Wien*. Da ist zum Beispiel der erst kürzlich anerkannte Konventionsflüchtling, der jahrelang mit Arbeitsverbot im Flüchtlingsheim lebte. Oder der 40-jährige Mediziner, der erst jetzt einen Job sucht, nachdem sein Vater gestorben ist, der ihm sein Leben finanzierte. „Wir müssen uns bei unseren Beratungsgesprächen jedes Mal neu einstellen.“

*Step2Job* ist mehr als nur die Vermittlung eines Arbeitsplatzes. Anders als bei Beratungen beim AMS, bei der Jobvermittlung und Jobqualifizierung im Vordergrund stehen, geht es bei *Step2Job* um ein umfassendes Fitmachen für die Arbeitssuche und den Arbeitsmarkt. Und gearbeitet wird mit den Voraussetzungen, die vorhanden sind.

„Wir leisten in dem einjährigen Einzelcoaching oft grundlegende Entwicklungsarbeit“, sagt Roitner. Es geht um Fragen der Organisation des eigenen Lebens, nicht selten um Gesundheitsfragen oder um Fragen des Auftretens und des äußeren Erscheinungsbildes. „Es sind oft basale Hürden, die es auf dem Weg zum Job abzubauen gilt“, sagt Roitner.

Barrieren gibt es viele. Da wären einmal Sprachprobleme. Mehr als die Hälfte der Klientinnen und Klienten haben damit zu kämpfen. Doch vom Arbeitsmarkt kommt

eine eindeutige Botschaft: Wer nicht Deutsch beherrscht, hat so gut wie keine Job-Chance. Die erste Maßnahme, die über *Step2Job* vermittelt wird, ist daher oft ein Deutschkurs. Oder noch besser: Ein Konversationstraining. Denn im Alltag geht es nicht um die perfekte Grammatik, sondern darum, sich in schnell wechselnden, aber immer wiederkehrenden Situationen gut verständigen zu können.

Da wären die Wohnungsprobleme. „Es geht dabei nicht in erster Linie um Obdachlosigkeit“, sagt Roitner, „sondern oft um desolate Wohnverhältnisse“. Um verschimmelte Wohnungen oder um Überbelag. „Wenn sechs Menschen auf 30 Quadratmeter wohnen müssen, dann ist das keine förderliche Situation für die Arbeitssuche.“



Sabine Roitner

Genauso ist es mit den Schulden. „Viele wissen nicht, wie sie aus der Schuldenfalle herauskommen können, dass es eine Schuldnerberatung gibt und die Möglichkeit des Privatkonkurses.“ Hier gilt es zu beraten und an die entsprechenden Stellen weiterzuvermitteln.

Auch bei Gesundheitsfragen herrscht oft Unwissen vor. „Viele unserer Klientinnen und Klienten waren oft schon jahrelang nicht

mehr beim Arzt und es ist gar nicht sicher, ob jemand überhaupt arbeitsfähig ist.“ Die *Step2Job*-Beraterinnen und Berater klären dann darüber auf, dass es mit der E-Card die kostenlose Möglichkeit für medizinische Hilfe gibt. Und nicht selten hat sich nach einer arbeitsmedizinischen Untersuchung herausgestellt, dass Arbeitsunfähigkeit vorliegt.

Zu informieren, selbst über grundlegende Fragen des sozialen Hilffsystems in Wien, ist eine essentielle Notwendigkeit. „Wir dürfen bei der Beratung kein Wissen darüber voraussetzen“, sagt *Step2Job*-Beraterin Monika Maier. Und mehr noch: Auch soziales Verhalten muss oft erst vermittelt werden. Wie man richtig grüßt, wie man sich am Telefon meldet, wie man Kontakt mit potenziellen Arbeitgebern aufnimmt. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man nichts als selbstverständliches Wissen voraussetzen darf“, sagt Maier.

„Man kann daher auch nicht davon ausgehen, dass jemand, der seit Jahren nicht mehr oder vielleicht noch nie in seinem Leben gearbeitet hat, davon überzeugt ist, dass Arbeit sinnstiftend sei“, ergänzt Roitner.

Beispiel: Traditionelles Rollenbild. Frauen mit Migrationshintergrund leben noch häufig in ihrem Heimatland als Hausfrau und dürfen aufgrund traditioneller Kulturvorstellungen des Ehemannes oder ihres Umfeldes keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Kommt es dann aber zu einer Änderung der Lebenssituation in Österreich, stehen Frauen vor einer völlig neuen Situation. Um soziale Hilfe zu bekommen, heißt es auf einmal nicht nur, dass sie arbeiten dürfen, sondern dass sie arbeiten müssen. „Diese Spannung und diese Unterschiede muss man erst einmal aushalten. Das heißt für uns in unserer Arbeit, dass wir immer auch die jeweiligen Familiensysteme in unserer Beratung mitberücksichtigen müssen“, sagt Roitner.

© Foto: FAB Wien





Oft verfügen Klientinnen und Klienten zudem über keine sozialen Systeme, weder institutionelle noch private, die ihnen helfen könnten, Informationen zu bekommen und aus ihrer Situation herauszukommen. „Wir sehen oft auch soziale Verwahrlosung und müssen auf dem Weg zum Job zunächst diese Problematik lösen.“

Manchmal steht daher auch das äußere Erscheinungsbild im Mittelpunkt des sozialarbeiterischen Beratungsprozesses. Nägel, Haare, Körperpflege. Ein großes Thema: die Zähne. „Es ist unmöglich, ohne Zähne oder mit desolatem Gebiss einen Job zu finden“, bringt es Projektleiterin Roitner auf den Punkt. „Es reicht aber nicht, Klientinnen und Klienten zu empfehlen, sich die Zähne richten zu lassen. Hier arbeiten wir stark an der Motivation und auch daran, die Angst vor dem Zahnarzt zu nehmen.“ Ist das einmal geschafft, gilt es, das nächste Problem zu lösen: Die Finanzierung. „Aufwändige Zahnbehandlungen kosten Geld und werden nur zum Teil von den Krankenkassen bezahlt. Wir wenden uns daher auch an private Vereine.“

Wie man ein Bewerbungsschreiben richtig formuliert und ein Bewerbungsgespräch erfolgreich absolviert, ist daher bereits eine „High-End“-Kompetenz, die in vielen Fällen erst am Ende des einjährigen Coachingprozesses von *Step2Job* steht. Man könnte auch sagen, zuerst müssen die *Step2Job*-Beraterinnen und Berater Sozialarbeit betreiben, damit die vielschichtigen Barrieren, die man unter dem Begriff Arbeitsmarktförderung subsu-

miert, überwunden werden. „Oft ist ein Jahr zu kurz, um soziale Kompetenz und Wissen für die erfolgreiche Jobsuche zu vermitteln“, sagt *Step2Job*-Beraterin Maier. Selbst im niedrighwelligen Jobmarkt, der wenig Ausbildung verlangt, ist es derzeit schwierig, einen Job zu finden.

Denn die Arbeitsmarktsituation ist nicht rosig. In der Produktion gibt es derzeit kaum Stellen, in der Reinigung werden meistens nur Frauen akzeptiert. Jede Firma will Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit perfekten Deutschkenntnissen, der Abwäscher ist als Job meist nicht heiß begehrt. Berufserfahrung ist immer erwünscht.

In der Regel gilt: man muss hartnäckig sein, lästig bleiben. Keine Beraterin lässt sich durch ein erstes Nein entmutigen, wenn sie bei einer Firma anruft, um ihre Klientinnen und Klienten bei der Bewerbung zu unterstützen. „Wir versuchen auch immer wieder, Jobs aus dem verdeckten Arbeitsmarkt zu vermitteln, der ja in Wirklichkeit größer als die ausgeschriebenen Stellen ist“, sagt *Step2Job*-Beraterin Maier. Viele Klientinnen und Klienten orientieren sich auch an Jobs, die es in ihrem Bekanntenkreis gibt und wollen diesen und keinen anderen. „Unsere Aufgabe ist es, auch andere Möglichkeiten aufzuzeigen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.“

Weiterbildung ist daher bei *Step2Job* ein großes Thema. Ausbildungen zur Heimhelferin oder Kindergartengehilfin, das sind Berufe, die für Frauen oft infrage kommen. Männer entscheiden sich oft für Berufe wie Chauffeur oder Taxifahrer. Oder sie machen den Staplerfahrer-Führerschein, eine Voraussetzung für viele Tätigkeiten. Diese Ausbildungen werden nach Empfehlung der *Step2Job*-Beraterinnen und Berater seitens des AMS finanziert.

Wenn es einmal soweit ist, sind die ersten Hürden bereits genommen. Das multiprofessionelle *Step2Job*-Team aus Psychologen, Sozialarbeitern, Juristen und Pädagogen

hat dann bereits gemeinsam mit seinen Klientinnen und Klienten die Problemlage in überschaubare Teilprobleme aufgesplittet, Ziele gesetzt und Lösungskonzepte auf Schiene gestellt.

Das heißt freilich noch nicht, dass ein fixer Job am Ende des einjährigen Coachingprozesses die Regel wäre. Die Vermittlungsquote beträgt bei *Step2Job* insgesamt 26,2%. 18,7% am *ersten Arbeitsmarkt*, 7,5% am zweiten. 9,2% der vermittelten Personen behalten ihren Job.

Aber es gibt auch erfolgreiche Beispiele: ein Langzeitarbeitsloser, der nach 15 Jahren Arbeitslosigkeit einen 40-Stunden-Job als Portier bekommen hat. Oder ein 34-Jähriger, der zuerst berufsunfähig war und nach drei Monaten einen Teilzeitjob bekam. „Der Traumjob für Viele wäre natürlich bei der *MA 48*. Aber bis jetzt haben wir noch niemanden dorthin vermitteln können.“

Auch wenn der Erfolg nicht immer sofort in Form eines Jobs sichtbar wird: Verbesserungen in der Lebenssituation bringt das *Step2Job*-Programm auch für jene, die noch keinen fanden: Es kommt die Motivation, es steigt das Selbstwertgefühl. „Für viele unserer Klientinnen und Klienten war unsere Beratung das erste Mal, dass sich jemand mit ihnen intensiv auseinandersetzte.“ Nach dem Betreuungsjahr durch das *Step2Job*-Team sehen daher viele erstmals Licht am Ende des Tunnels, selbst wenn es mit dem Job noch nicht geklappt hat. „Das merken wir auch am Verhalten. Die Verbindlichkeit steigt, Termine werden pünktlich eingehalten, man ist motiviert, sein Leben zu ordnen und wieder auf die Reihe zu kriegen.“ Diese Erfahrung machen Roitner und das *Step2Job*-Team immer wieder. „Ich habe in meinem Berufsleben schon mit vielen schwierigen Klientinnen und Klienten gearbeitet. Aber keine andere Gruppe war so dankbar für die Hilfe wie die im *Step2Job*-Programm. Und das ist ein Grund, der auch uns motiviert weiterzumachen.“

© Foto: FAB Wien

### **Mehrfachproblematiken sind die Regel**

Die Evaluation von *Step2Job* zeigte eines: Drei von vier Personen, die an *Step2Job* teilnehmen, leiden an einer sogenannten Mehrfachproblematik. Das heißt, die häufigsten Probleme, mangelnde Deutschkenntnisse (54%), Wohnungsproblematiken (34%), Schulden (34%) und Gesundheitsprobleme (41%) treten in Kombination auf. Der Evaluationsbericht zeigte auch eines: Die Hälfte aller Klientinnen und Klienten verfügt nur über einen Pflichtschulabschluss. Doch auch Personen mit höherer Bildung sind im Programm: Ein Fünftel verfügt über eine Matura, immerhin ein Zehntel über einen Universitätsabschluss.

### **Was Step2Job bietet:**

Neben dem individuellen Einzelcoaching über ein Jahr, gibt es für Klientinnen und Kli-

enten in Kooperation mit dem *AMS* ein flexibles Gruppenangebot, zum Beispiel Sprachkurse, Telefontraining, Workshops für das Vorstellungsgespräch sowie Workshops zum Thema „Sinn der Arbeit“. „Viele, die noch nie gearbeitet haben, wissen nicht, in welchem Ausmaß Arbeit Sinn stiften kann“, sagt Projektleiterin Sabine Roitner.

### **Was Step2Job nicht bietet:**

Manche *Step2Job*-Klientinnen und -Klienten sind enttäuscht, wenn sie erfahren, dass *Step2Job* keine Jobs zur Verfügung stellt, sondern nur bei der Suche hilft. „Zwar gibt es ein paar Firmen, die auch immer wieder Infoveranstaltungen bei uns im Hause machen“, sagt Roitner. „Zum Beispiel Versicherungen, oder Unternehmen aus der Gastronomie oder Reinigungsfirmen. Aber wir haben keine eigene Unternehmensdatei, in der wir nach Jobs Ausschau halten könnten.“

### **Case Management:**

Insgesamt nimmt *Step2Job* in Österreich eine Vorreiterrolle ein. Zugute kommt dem *Case Management*-Ansatz des Arbeitsmarktintegrationsprogrammes, dass es in Wien eine ausgebaute soziale Infrastruktur gibt. „Wir kooperieren mit vielen sozialen Einrichtungen der Gemeinde Wien, wie Schuldnerberatung oder Wohnungslosenhilfe, aber etwa auch mit Frauenhäusern, wenn wir von aktueller Gewalt erfahren.“ Vor allem mit dem *AMS* und der *MA 40* gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit. Gewährleistet wird ein erfolgreiches Hilfesystem durch regelmäßige Koordinierungstreffen und ständigen Kontakt und Austausch mit den Sozialzentren und den Regionalen Geschäftsstellen des *AMS Wien* (*MA 40* Schlachthausgasse und *AMS* Esteplatz).

### **Motivation für Neues**

Klientinnen und Klienten von *Step2Job* erzählen:

#### **Die Schüchternheit überwinden**

Frau P. stammt aus Tschechien und hat keine Sprachprobleme mehr. Aber die Schüchternheit sei ihr in manchen Situationen ein Problem. Deshalb habe sie nach dem letzten Bewerbungsgespräch auch den Job nicht bekommen. „Ich bin zu schweigsam gewesen.“ Gemeinsam mit *Step2Job*-Beraterin Monika Maier analysiert Frau P. im Beratungsgespräch die Situation und erarbeitet eine neue Strategie. Mehr auf Fragen eingehen, von sich und der Jobmotivation erzählen, auf die Körperhaltung achten. Jetzt will Frau P. einen Workshop machen, damit sie lernt, sich richtig zu verhalten.

#### **Motivation auch im Alter**

Herr M. ist gerade 60 Jahre alt geworden und hat eben das *Step2Job*-Programm beendet. In der Woche war er an drei bis vier Tagen pro Woche in Seminaren und Workshops. Er habe sich weitergebildet, viel Neues erfahren und viel gelernt. „Ich bin motiviert, einen Job zu finden“, sagt der ehemalige Großhandelskaufmann. Sein Alter störe ihn dabei überhaupt nicht. „Ich will nicht in Pension gehen. Ich möchte noch einmal das Ruder herumreißen.“ Offen spricht er seine Zahnlücken an. Ja, die gehören endlich gerichtet und jetzt ist endlich auch die Finanzierung gesichert. „Ich freu mich auf die neuen Zähne, die Behandlung hat schon begonnen.“ Herr M. sagt, bei *Step2Job* habe er seinen Lebensmut zurückgewonnen. „Ich finde es schade, dass dieses Jahr vorbei ist. Jetzt hoffe ich, dass endlich einmal eine Bewerbung funktionieren wird.“

#### **Raus aus der Depression**

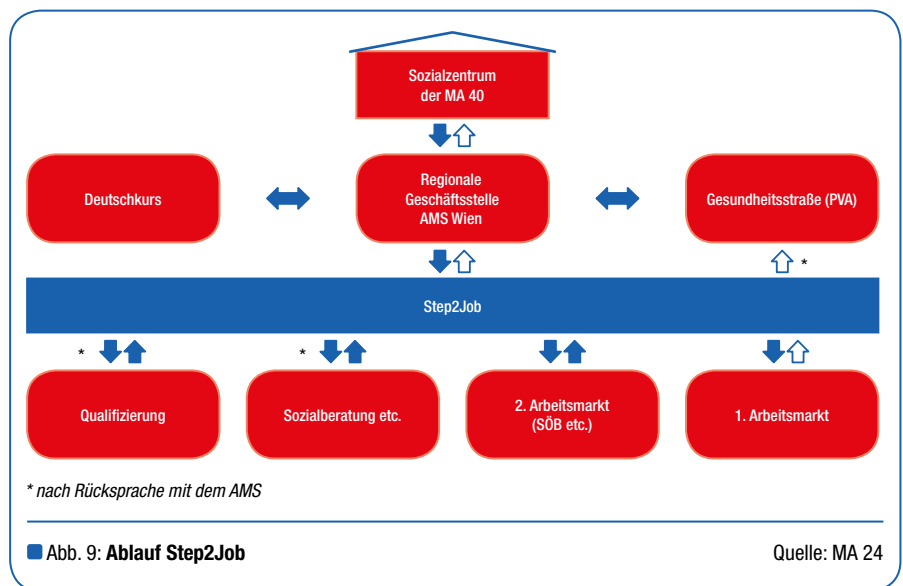
Frau W. hat zwei Töchter, ist Alleinerzieherin und hat bis vor Kurzem noch ihren Vater gepflegt. Jetzt, nach seinem Tod, wolle sie unbedingt wieder einen Job finden. „Noch muss ich mich um die Kinderbetreuung kümmern, aber ich bin mir sicher, ich schaffe es“, sagt die 33-Jährige. Das war freilich nicht immer so. „Zuhause bin ich schon depressiv geworden, habe mich zurückgezogen. Erst mit *Step2Job* änderte sich das. Da habe ich begonnen, einen neuen Plan zu entwickeln.“ Mit der Motivation kamen auch neue Ideen. Jetzt beginnt Frau W. mit der Ausbildung zur Heimhelferin.

### Rollout von Step2Job auf ganz Wien

Der Erfolg des Pilotprojektes führte dazu, dass dieses auf ganz Wien ausgeweitet und verlängert wurde. *Step2Job* ist Vorbild für weitere arbeitsintegrative Angebote für BezieherInnen der Mindestsicherung in ganz Österreich.

Aufgrund des sich abzeichnenden Erfolges des Pilotprojektes wurde *Step2Job* mit Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (1. September 2010) auf ganz Wien ausgeweitet. Neun Träger im Auftrag des AMS setzen nun das Projekt um. Die Finanzierung erfolgt weiterhin über Mittel des ESF und des AMS und ist bis Ende 2012 gesichert. Ab 2013 wird ausschließlich das AMS die Finanzierung des Projektes übernehmen. Geplant sind eine Zusammenführung der bisherigen *Beratungs- und Betreuungseinrichtungen (BBE)* mit den *Mindestsicherungs-Beratungs- und Betreuungseinrichtungen (MBBE)* und die Übernahme des Betreuungskonzeptes von *Step2Job*. Das Konzept von *Step2Job* hat sich bewährt, wie auch die Begleitevaluierung bestätigt.

Im nachfolgenden Schaubild werden das Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Sozialhilfeverwaltung sowie die Abläufe dargestellt. Durch den in der *Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG* verankerten Datenaustausch zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialhilfeverwaltung ist das AMS über die BezieherInnen einer Mindestsicherung informiert. Die Zuweisung zu den Projekten erfolgt daher direkt durch das AMS. Ist aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse eine Aufnahme in das Projekt nicht sinnvoll, weist das AMS einen Deutschkurs zu. Treten während der Projektteilnahme Zweifel an der Arbeitsfähigkeit auf, so erfolgt die Klärung durch die bei der *Pensionsversicherungsanstalt* angesiedelte *Gesundheitsstraße*. Treten im Vorfeld der Aufnahme ins Projekt Zweifel an der Arbeitsfähigkeit auf, so erfolgt in der Regel der Rückverweis ins Sozialzentrum und eine Zuweisung zum *Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ)*.



*Step2Job* erstellt nach einem Assessment spätestens drei Monate nach Aufnahme in das Projekt gemeinsam mit den Betroffenen einen Hilfeplan und unterstützt die TeilnehmerInnen bei dessen Umsetzung. Die einzelnen Projekte bieten unterschiedliche Unterstützungssettings, von der Schuldnerberatung bis hin zur psychologischen Beratung. Vielfach wird mit anderen Organisationen und Sozialberatungsstellen zusammengearbeitet. Sofern ein Qualifizierungsbedarf vorliegt, ergeht ein Vorschlag an das AMS, das diese Vorschläge in der Regel akzeptiert und zuweist. Ebenfalls möglich ist die Aufnahme in eine Maßnahme des zweiten Arbeitsmarktes. *Step2Job* kann dabei auf die Projekte des LEA-Verbundes direkt zugreifen und analog zu den Qualifizierungsmaßnah-

men einen Vorschlag für die Aufnahme in einen *Sozialökonomischen Betrieb (SÖB)* oder einen *Gemeinnützigen Beschäftigungsbetrieb (GBB)* machen. Sollten innerhalb des Projektes Zweifel an der Arbeitsfähigkeit der Betroffenen entstehen, kann über das AMS eine Begutachtung durch die *Gesundheitsstraße* veranlasst werden.

Vorrangiges Ziel ist die Reintegration in den *ersten Arbeitsmarkt*. Während der Dauer einer Kursmaßnahme sind die BeraterInnen und TeilnehmerInnen in Kontakt. Die BeraterInnen von *Step2Job* sind auch angehalten, für eine durchgehende Projektteilnahme und für die erforderliche Meldung beim AMS zu sorgen.

Im Zuge der Einführung von *Step2Job* wurde auch eine neue Kooperation zwischen dem AMS und dem *Land Wien* auf strategischer und regionaler/operativer Ebene eingerichtet. Vor Ort stimmen sich die Sozialzentren der *MA 40* mit den *Regionalen Geschäftsstellen* des AMS und den zuständigen TrägerInnenvereinen von *Step2Job* ab (*Regionale Steuergruppen*). Auf Ebene des Managements wurde außerdem eine *Zentrale Koordinationsgruppe* eingerichtet, die ungelöste Fragen aus den *Regionalen Steuergruppen* klären sowie strategische Entscheidungen (z.B. über die Weiterentwicklung von *Step2Job*) treffen. Das AMS lädt außerdem zu regelmäßigen TrägerInnentreffen zwecks Informationsaustausch ein. Die Abstimmung mit dem AMS hat zu einer neuen Qualität in der Zusammenarbeit geführt, die vor allem den Betroffenen zugutekommt.

Neu eingerichtete Kommunikationsebenen unterstützen die Abstimmung zwischen dem AMS und der *Stadt Wien* und führen zu einer verbesserten Zusammenarbeit.



Die ersten Ergebnisse der Begleitevaluierung des *Rollout* von *Step2Job* zeigen nicht nur eine sehr ähnliche Struktur der Zielgruppe wie im Pilotprojekt, sondern auch ähnliche Erfolge. Zum 31.12.2011 wurden bereits mehr als 5.300 Personen in das Projekt aufgenommen und über 1.300 können einen Beschäftigungsantritt am ersten oder zweiten *Arbeitsmarkt* verzeichnen. Rund 2.000 Personen haben an einer Schulungsmaßnahme teilgenommen. Bis Ende 2012 können rund 7.200 Personen an dem Projekt teilnehmen; das Kontingent an Plätzen wird voraussichtlich ausgeschöpft werden.

Auch die neuen Projekte dürften die gesetzten Ziele erreichen. Per 31.12.2011 wurden bereits 5.300 Personen in das Projekt *Step2Job* aufgenommen.

Zusätzlich werden BezieherInnen einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, die eine Leistung des AMS erhalten, vom AMS betreut. Eine bundesweite Evaluierung gibt Auskunft darüber, welche Arbeitsmarkteffekte zu beobachten sind ([www.lrsocialresearch.at](http://www.lrsocialresearch.at)).

Darüber hinaus finanziert die *Stadt Wien* über den *waff*, den *FSW* und die *SDW* weitere Projekte für arbeitsmarktferne Personen, die auch den MindestsicherungsbezieherInnen zugänglich sind.



# Arbeit und Arbeitslosigkeit

Österreich weist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine sehr geringe Arbeitslosenrate auf. Auch die Wirtschaftskrise hat Österreich bisher relativ unbeschadet überstanden. Aber für einige Gruppen hat sich die Situation am Arbeitsmarkt verschärft. Kritischer geworden ist sie für Personen mit geringer Ausbildung, für Menschen mit Behinderung sowie für Personen mit anderen Vermittlungsdefiziten. Für diese Personengruppen besteht die Gefahr, auf einem prekären Arbeitsmarkt bzw. Niedriglohnarbeitsmarkt konkurrieren zu müssen oder auf Dauer aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt zu bleiben. Immer größer wird auch die Zahl derer, die arm sind, obwohl sie arbeiten (*Working Poor*). Daher muss eine nachhaltige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik angemessene Arbeitsplätze schaffen. Sie muss auch die berufliche Integration umfassend unterstützen, also soziale Problemlagen beseitigen oder zumindest abmildern und finanzielle Unterstützung anbieten. Dieser *Active Inclusion-Ansatz* wird mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung und dem Wiener Projekt *Step2Job* umgesetzt. Künftig sollen die beiden Systeme sozialer Sicherheit – Arbeitslosenversicherung und bedarfsorientierte Mindestsicherung – noch stärker verschränkt werden.

© Foto: FSW